

**Bildung –
demokratisch.
sozial gerecht.
für alle gut.**

Linke Positionen zur Bildungspolitik

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Inhalt

Vorwort	3
Unser Verständnis von Bildung: Emanzipatorisch und für alle offen	4
1. Bildungsgerechtigkeit und gleicher Zugang zu Bildung	5
1.1 Bildungspolitische Befunde in Deutschland	5
1.2 Mehr Geld für Bildung – Privatisierung stoppen	7
1.3 Gute Arbeit in der Bildung	8
1.4 Die Rechte von Menschen mit Migrationshintergrund in der Bildung stärken	9
2. Gute allgemeine Bildung für alle	11
2.1 Kinder lernen vom ersten Tag an	11
2.2 Allgemeinbildende Schule mit hohem Anspruch und ohne Ausgrenzung	12
2.3 Demokratisierung von Schule und Bildung	14
2.4 Bessere Rahmenbedingungen fürs Lehren und Lernen und gute Ausbildung für Lehrkräfte	15
3. Wege in den Beruf	16
3.1 Gute Ausbildung für alle	16
3.2 Offene Hochschulen und kritische Wissenschaft	19
3.3 Den Berufseinstieg neu gestalten	22
4. Lernen hört nie auf: Lebenslanges Lernen	23
4.1 Berufliche Weiterbildung ausbauen	23
4.2 Allgemeine Weiterbildung und politische Bildung für alle	24
Jetzt Reformen anpacken: 10 Schritte zu einer guten Bildung für alle	26

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030/22751170, Fax 030/22756128

E-Mail fraktion@linksfraktion.de

V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, Stellvertretender Vorsitzender
der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Autoren Agnes Alpers, Nicole Gohlke, Rosemarie Hein,

Daniel Friedrich, Stefanie Geyer, Stefanie Graf,

Franziska Grubann, Klaudia Kachelrieß, Mathias Klätte,

Martin Mandel, Silke Michels, Dennis Olsen und Sonja Staack

Koordination und Redaktion Adelaide Grützner

Endfassung 27. März 2012

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

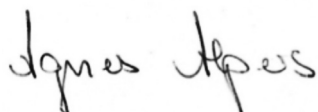
mit dieser Broschüre bieten wir einen Debattenbeitrag zu aktuellen bildungspolitischen Problemen. In ihr werden alle Bildungsbereiche beleuchtet und sowohl kritische Anmerkungen zum derzeitigen Zustand der Bildungslandschaft in Deutschland gemacht als auch Vorschläge unterbreitet, wie Bildungspolitik und Bildungswirklichkeit sich aus linker Sicht entwickeln müssen.

Die Autorinnen der Broschüre sind Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag in der 17. Wahlperiode. Unsere Positionen greifen die bildungspolitische Debatte und bildungspolitische Standpunkte der LINKEN in Bund und Ländern auf und knüpfen

an entsprechende Debatten in Gewerkschaften, Lehrerverbänden und in der erziehungswissenschaftlichen sowie Hochschulforschung an.

Für die Mitarbeit an dieser Broschüre bedanken wir uns bei den MitarbeiterInnen der Bundestagsfraktion und der drei Abgeordneten: Daniel Friedrich, Stefanie Geyer, Stefanie Graf, Franziska Grubann, Adelaide Grützner, Klaudia Kachelrieß, Mathias Klätte, Martin Mandel, Silke Michels, Dennis Olsen und Sonja Staack.

Im Interesse der weiteren Arbeit an unseren Positionen freuen wir uns auf eine angeregte Debatte und über positive wie kritische Rückmeldungen.



Agnes Alpers



Nicole Gohlke



Rosemarie Hein

Berlin im März 2012

Unser Verständnis von Bildung: Emanzipatorisch und für alle offen

DIE LINKE lässt sich in ihrem Bildungsverständnis von der Überzeugung leiten, dass die Menschen ihre Geschichte selbst machen. Darum ist es von immenser Bedeutung, dass sie in der Lage dazu sind, die eigenen Interessen auch selbstbewusst und wirksam zu vertreten. Dieses von Selbstbewusstsein und Selbstbestimmung getragene emanzipatorische Menschenbild, das die Partei DIE LINKE vertritt, schließt ein emanzipatorisches Bildungsverständnis ein, nach dem jedem Menschen der Zugang zu Bildung chancengleich ermöglicht werden muss. Gleicher Zugang zu Bildung für jeden Menschen ist eine grundlegende Voraussetzung für erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe, für ein erfülltes Leben, für individuelles Wohlergehen und soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft.

Eine sozial gerechte Gesellschaftsentwicklung, ein verantwortungsbewusster Umgang mit Entwicklungsproblemen der Menschheit, der Umwelt in der Region und im globalen Maßstab ist ebenso wie alle Erfordernisse heutiger und künftiger Produktionsweisen von einem hohen Wissen und Können, von gleichem Zugang zu und einem verantwortungsbewussten Umgang mit neuen wissenschaftlichen Einsichten und technologischen Errungenschaften abhängig. Sie benötigen eine „gebildete Gesellschaft“. Darum ist unser Bildungsverständnis eines, das von hohen qualitativen Ansprüchen ebenso geprägt ist wie von einem demokratischen Grundverständnis, es ist eines, das niemanden ausgrenzt, sondern alle von vornherein einschließt, eines, das sich um individuelle Förderung und den aktiven Ausgleich von Benachteiligungen und Beeinträchtigungen bemüht. Damit unweigerlich verbunden ist das Konzept der Inklusion. Grundgedanke ist die Verschiedenheit der Menschen als Normalität zu begreifen. Menschen sind verschieden. Diese Heterogenität birgt einen enormen Reichtum an Vielfalt, diese zu nutzen bedeutet eine große Bereicherung für jede Gesellschaft. Allen muss die gleiche gesellschaftliche Teilhabe von Anfang an gewährleistet werden. Niemand darf an den Rand gedrängt werden.

Der gleiche und gleichberechtigte Zugang zu umfassender und hoher Bildung ist zu einer der wichtigsten sozialen Menschheitsfragen des 21. Jahrhunderts geworden. Dabei gehen wir von einem weiten Verständnis von Bildung aus. Es umfasst alle Inhalte allgemeiner Bildung. Dazu zählen die sichere Beherrschung von Kulturtechniken und Sprachen ebenso wie der Reichtum von Kunst und Kultur, Zeugnisse der Technik, der Wissenschaft, Wissen über Geschichte und Gegenwart, Wissen über den eigenen Körper und eine gesunde Lebensweise und die Fähigkeit des Umgangs mit modernen Medien, es umfasst die Aneignung humanistischer Wertvorstellungen ebenso wie Spezialbildung, zum Beispiel für einen Beruf oder einfach auf Grund individueller Bildungsinteressen, kurz: Bildung ist auf die ganze Persönlichkeit gerichtet und umfasst

im Grunde den Zugang zum gesamten Menschheitswissen, die Fähigkeit zu seiner kritischen Reflexion und Nutzung, die Fähigkeit danach zu handeln und die Folgen des eigenen Handelns zu erkennen.

Die besondere Bedeutung von Bildung für das Individuum und die Gesellschaft ist im Bewusstsein eines großen Teils der Bevölkerung längst fest verankert. Dieser hohen gesellschaftlichen Bedeutung wird das derzeitige gesamtgesellschaftliche Engagement und insbesondere das der öffentlichen Hand in keiner Weise gerecht. Notwendig ist nicht nur eine größere Wertschätzung der Arbeit öffentlicher Bildungseinrichtungen sowie von Lehrenden und anderen pädagogischen Berufen. Deutlich mehr gesellschaftliches Engagement ist nötig. Das bedeutet einerseits, dass ein wachsender Anteil des Bruttoinlandsproduktes für öffentliche Bildungsausgaben zur Verfügung stehen muss. Der Trend der Entleerung der öffentlichen Kassen bei steigendem privatem Reichtum muss beendet werden. Vielmehr ist mehr Geld in öffentlichen Haushalten erforderlich, um alle Bildungsaufgaben ausreichend finanzieren zu können. Andererseits muss für Bildung und Ausbildung genügend Zeit zur Verfügung stehen, dürfen Bildungswege nicht aus Gründen vermeintlicher ökonomischer Effizienz verkürzt werden. Das gilt gleichermaßen für die vorschulische und schulische Bildung, für die Wege in den Beruf wie für alle Formen lebensbegleitenden Lernens.

Das Interesse der Allgemeinheit an einer „gebildeten Gesellschaft“ muss gegenüber Einzelinteressen gestärkt werden, die von niedrigen Steuersätzen, kürzeren Ausbildungszeiten und längeren Arbeitszeiten profitieren.

Gleicher Zugang zu Bildung, und das ein Leben lang, ist für uns ein grundlegendes Menschenrecht. Darum verbietet es sich aus unserer Sicht, dass der durch öffentliche Bildungseinrichtungen garantierte und mit öffentlichen Mitteln finanzierte Zugang zu Bildung nach wirtschaftlichen Nützlichkeitsprämissen oder durch tatsächliche oder vermeintliche individuelle Voraussetzungen oder Einschränkungen zugeteilt und zudem davon bestimmt wird, was gerade aus welchen Gründen auch immer auf dem aktuellen Arbeitsmarkt verwertbar ist. Der Zugang zu Bildung muss als öffentliche Daseinsvorsorge für alle gleichermaßen gewährleistet sein. Niemandem darf Wissen vorenthalten werden. Das gilt für alle Lebensalter. Ein solches Bildungsverständnis ist nützlich für den einzelnen und gleichzeitig von Nutzen für die Gesellschaft, für aktuelle Erfordernisse der wirtschaftlichen Entwicklung, für die Erfordernisse des Arbeitsmarktes wie auch für das Zusammenleben in Familie und Gesellschaft, für solidarisches Verhalten, für Toleranz gegenüber anderen und demokratische Beteiligung.

1. Bildungsgerechtigkeit und gleicher Zugang zu Bildung

1.1 Bildungspolitische Befunde in Deutschland

Von einer umfassenden Verwirklichung des Menschenrechts auf Bildung ist man in der Bundesrepublik Deutschland heute weit entfernt. Nicht nur sich jährlich wiederholende bildungspolitische Befunde, sondern auch die konkreten Erfahrungen vieler, vor allem junger Menschen belegen, dass gleicher Bildungszugang heute nicht für alle gewährleistet ist. So ist die Chance auf höhere Bildungsabschlüsse bei gleicher Leistungsfähigkeit für Kinder aus Arbeiterfamilien um ein Vielfaches schlechter als für Kinder aus Familien mit akademischer Bildung bzw. von höheren Beamten und leitenden Angestellten. Kinder mit Migrationshintergrund haben deutlich schlechtere Chancen auf einen guten Schulabschluss als andere. Kinder, die mit Behinderungen aufwachsen, können oft nicht mit gleichaltrigen Kindern zusammen lernen, auch dann nicht, wenn sie es selbst wünschen. Überhaupt werden Kinder in den meisten Bundesländern nach der vierten Klasse in unterschiedliche Bildungsgänge mit unterschiedlichen Bildungsniveaus und unterschiedlichen Abschlusszielen getrennt. Damit werden berufliche und soziale Chancen vorprogrammiert. Für Kinder im Vorschulalter sind immer noch nicht genügend Bildungsangebote vorhanden. Der tatsächliche Bedarf für Kinder unter drei Jahren sowie der Bedarf an Ganztagsplätzen werden nicht realistisch erfasst. Selbst der von der Bundesregierung geplante, jedoch deutlich zu niedrig angesetzte Ausbau der frühkindlichen Bildung bis 2013 wird nicht zu erreichen sein. Auch darum führt die Bundesregierung mit dem Betreuungsgeld eine Prämie dafür ein, Kindertageseinrichtungen nicht zu nutzen. Ganztagsangebote fehlen auch im schulischen Bereich. Die Ergebnisse schulischer Bildung, vor allem nach der Grundschule, bleiben hinter den Erfordernissen zurück. Was die Schule nicht mehr leisten kann, muss oft durch private Nachhilfe ausgeglichen werden. Wer das nicht bezahlen kann, bleibt auf der Strecke. Aber auch für die anderen verstärkt sich der Leistungsdruck. Das Bildungspaket, das die Bundesregierung 2011 für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche verabschiedet hat, wird dieses Problem nicht lösen. Es ist nicht ausreichend, viel zu bürokratisch und setzt zudem an der falschen Stelle an.

Das gegliederte Schulsystem grenzt aus

Die Schule in Deutschland ist ins Gerede gekommen. Spätestens seit den ersten PISA-Studien ist klar: Schule in Deutschland grenzt Benachteiligte massiv aus, fördert die Leistungsstarken nicht ausreichend und ist insgesamt Mittelmaß. Das tradierte Bildungsbürgertum favorisiert in der Regel das gegliederte Schulsystem mit klarer sozialer Gliederung und mäßigem sozialem Ausgleich. Die Schule als öffentliche Bildungsinstitution hat dabei immer weniger die Aufgabe, Benachteiligungen auszugleichen. Vielmehr weist sie Kinder frühzeitig unterschiedlichen, vermeintlich leistungsgerechten Bildungsgängen zu und koppelt viele damit von gleichem Bildungszugang ab.

Kinder werden dann nur noch auf den für die jeweilige Schulform vorgesehenen Bildungsabschluss hin unterrichtet. Der mögliche Ausgleich von Defiziten beim Lernen wird immer stärker auf private Initiative und Bezahlung (Nachhilfe) verwiesen. Die stümperhaft ausgestaltete Lernförderung des Bildungspaketes bietet dabei nicht im Ansatz einen Ausweg. Alle Wege eines längeren gemeinsamen Lernens, die das Gymnasium einschließen, werden beargwöhnt oder bekämpft. Im Zentrum steht dabei die Sorge, dass die gymnasiale Bildung, die den höchsten allgemeinbildenden Abschluss ermöglicht, entwertet werden könnte zugunsten einer Nivellierung auf geringerem Niveau. Diese Sorge ist unbegründet.

Das vielgliedrige Schulsystem, bestehend aus Hauptschule, Realschule, Gymnasien und vielen Arten von Förderschulen ist weder in der Lage, den wachsenden gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden, noch ist es gerecht. Trotz aller Beteuerungen mehren sich mit den zurückgehenden SchülerInnenzahlen Klagen über zu schlechte Lernergebnisse der Absolventinnen und Absolventen allgemeinbildender Schulen. Jedes Jahr verlassen etwa sechzigtausend Jugendliche die Schule ganz ohne einen Schulabschluss. Mehr als die Hälfte davon kommt aus Förderschulen. Inzwischen wird in allen Bundesländern nach Auswegen gesucht. In den meisten Ländern wurden bzw. werden Haupt- und Realschule zu einer neuen Schulform zusammengelegt, selbst in Bayern soll die Hauptschule als Mittelschule künftig auch einen Abschluss nach der zehnten Klasse ermöglichen. Doch auch die vermeintliche Abschaffung der Hauptschule, wie sie nun selbst in der CDU thematisiert wird, kann diesen Grundmangel nicht beseitigen, zumal der Bildungsgang „Hauptschule“ offen oder verdeckt erhalten bleibt. Allein die Zusammenlegung zweier Schulformen unter einem Dach macht noch keine Verbesserung aus.

Wenig Perspektiven in Ausbildung und Hochschule

Gute Bildung für alle und individuelle Förderung für alle müssten in der Schule und in anderen öffentlichen Bildungseinrichtungen gewährleistet werden. Wer aber die Schule ohne Abschluss verlässt, hat kaum eine Chance auf einen vollwertigen Ausbildungsplatz.

Seit vielen Jahren werden von der Wirtschaft zu wenige Ausbildungsplätze bereit gestellt. Darum blieben zehntausende Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Heute sind fast ein Viertel der 25- bis 30-Jährigen und noch einmal mehr als 17 Prozent der 30- bis 35-Jährigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Das ist Ausdruck der Fehlleistungen von Politik und Wirtschaft in den vergangenen Jahren. Zugleich klagt die Wirtschaft zunehmend über einen wachsenden Fachkräftemangel. Jahrelange Versäumnisse rächen sich jetzt. Hinter dem Ruf, diesen Mangel nun mit Fach-

kräften aus dem Ausland decken zu wollen, steckt vielfach nur der Wunsch, hervorragend ausgebildete Arbeitskräfte zu sehr niedrigen Löhnen einstellen zu können.

Keine Gesellschaft kann es sich leisten, systematisch einen großen Teil der Jugendlichen ohne Schulabschluss und Berufsausbildung zurückzulassen. Doch als wäre das noch nicht schlimm genug werden Angebote zur beruflichen Umschulung oder Neuorientierung immer stärker zusammengestrichen. Der gesamte Bereich der Erwachsenenbildung ist von starken Kürzungen betroffen und die Beschäftigten in diesem Bereich arbeiten oft zu Niedriglöhnen. Die Finanzierung von Bildung wird immer mehr auf private Schultern verlagert.

Auch unsere Hochschulen werden den Anforderungen nicht gerecht: Studiengebühren und unzureichende Studienfinanzierung, aber auch die unzulängliche Ausfinanzierung der Lehre an den Hochschulen hindern viele kluge junge Leute daran, unter akzeptablen Bedingungen studieren zu können oder ein Hochschulstudium überhaupt aufzunehmen. Überfüllung und der Zwang zu Nebenjobs verlängern oft unfreiwillig das Studium, während andererseits durch das Korsett der neuen Bachelor- und Master-Studiengänge für viele Studierende die zeitlichen Möglichkeiten zum Studium beschnitten werden.

Bund und Länder versagen

Die öffentlichen Kassen in Ländern und Kommunen sind nicht mehr in der Lage, ausreichend Geld in öffentliche Bildungsangebote zu stecken. Der Anteil der öffentlichen Haushalte an der Bildungsfinanzierung, der in den Ländern und Kommunen fast überall schon hoch ist, wird darum kosmetisch hin und her geschoben, ohne dass sich Entscheidendes ändert. Der Anteil des Bundes an der öffentlichen Bildungsfinanzierung ist nicht erst seit der Föderalismusreform II erschreckend gering. In den Ländern und Kommunen werden in den nächsten Jahren viele Erzieherinnen und Erzieher in der frühkindlichen Bildung fehlen und es wurden zu wenige Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet um den Altersrückgang in den Schulen kompensieren zu können. Damit droht eine weitere Verschlechterung der Lehr- und Lernsituation in den Schulen, von den notwendigen Verbesserungen beim Einsatz von Lehrerinnen und Lehrern, bei den Betreuungsschlüsseln in Kindereinrichtungen und bei der Ganztagsbetreuung ganz zu schweigen. Die kommunalen Haushalte sind inzwischen fast überall derart hoch verschuldet, dass viele Schulen und Kitas nicht mehr saniert und außerschulische Bildungsangebote nicht mehr ausreichend finanziert werden können.

Dabei sind viele der Probleme bereits seit vielen Jahren bekannt. Die Bundesregierung und die Länder reagierten darauf u.a. mit der gesetzlichen Festlegung eines Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder vom vollendeten ersten Lebensjahr an und einem – allerdings unzureichenden – Ausbauprogramm sowie mit Vereinbarungen zwischen Bund und

Ländern zu den Zielen und Inhalten frühkindlicher Bildung, mit der Forderung nach mehr Ganztagsangeboten in Kita und Schule, mit Vereinbarungen zur Inklusion, mit der Erarbeitung einheitlicher Bildungsstandards zwischen allen Bundesländern, mit der – wiederum unzureichenden – Erhöhung der Fördersätze im Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und der Ausweitung der entsprechenden Bemessungsgrundlagen. Das sind kleine Schritte in die richtige Richtung, aber sie reichen bei weitem nicht aus. Schlimmer noch, Bewegungen hin zu einer umfassenden Bildungsreform in Inhalt und Form, hin zu gleichen Bildungschancen für alle, werden von den BefürworterInnen des gegliederten Schulsystems regelmäßig heftig bekämpft. Das gegliederte Schulsystem aber verstärkt die soziale Ungerechtigkeit im Bildungssystem eher, als dass es ausgleicht. Weder bildet das gegliederte Schulsystem besser noch stellt es mehr Gerechtigkeit her.

Mit dem Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildungsfinanzierung wurde zudem die Möglichkeit für die gemeinsame Finanzierung von Vorhaben in der Bildung unterbunden. Für die allermeisten Bildungsaufgaben sind die Länder nun allein zuständig. Seit dem erleben wir, wie von der Bundesregierung versucht wird zum einen durch zweifelhafte Projekte wie das Deutschlandstipendium oder die Exzellenzinitiative eine einseitige Spitzenförderung zu betreiben, andererseits aber mit zahlreichen jährlich neu erfundenen Projekten notwendige Bildungsaufgaben immer mehr in die private Verantwortung zu legen, anstatt die Schulen und Hochschulen finanziell und personell so auszustatten, dass sie ihrem Bildungsauftrag in vollem Umfang gerecht werden können. Das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung ist Ausdruck der Ignoranz der Politik. Die Mittel, die hier über umständliche Antragsverfahren ausgereicht werden sollen, die in der Praxis die eigenwilligsten Blüten treiben, wären besser zur Finanzierung der kommunalen Angebote und in die Schulen direkt geflossen. Stattdessen gibt es zwar nun für Bedürftige 10 Euro pro Monat z. B. für die Teilnahme an sportlichen Aktivitäten – dass dazu aber auch Sportausrüstungen nötig sind haben die Konstrukteure dieses Pakets trotz Warnungen durch viele Vereine und Verbände missachtet. Zwar können Kinder mit schlechten Lernleistungen jetzt private Lernförderung beantragen, aber nur wenn sie versetzungsgefährdet sind. Das geht an den Erfordernissen von besserer Bildungsfinanzierung vollständig vorbei. Zudem werden damit Bildung und Bildungszugang weiter privatisiert, der öffentlichen Verantwortung entzogen. Nur wenige Programme, wie die Ausbildungsinitiative Ost waren als Gegensteuerung für Bildungsbenachteiligung geeignet – diese aber laufen aus. Dagegen werden Bildungsaufwendungen des Bundes vor allem im Bereich beruflicher Weiterbildung massiv gekürzt.

Indes spielen bildungspolitische Fragen in der Gesellschaft eine immer stärkere Rolle. Die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems, insbesondere der Schule,

aber auch der anderen Bildungsbereiche, steht immer mehr unter Kritik. Doch die Debatten in den Ländern sind ambivalent. Einerseits gibt es heftigen Streit um den Erhalt des Gymnasiums als eines Pols des sozial ausgrenzenden Bildungssystems, andererseits wird erkannt, dass die soziale Ungerechtigkeit des Bildungssystems abgebaut werden muss. Darum werden in vielen Ländern Haupt- und Realschulbildungsgänge zusammengelegt in der Hoffnung, so mehr Bildungsgerechtigkeit herzustellen. Doch kaum jemand traut sich, ernsthaft am Gymnasium als Bildungsinstitution zu rütteln. Gleichzeitig werden eifrig Programme erfunden um den skandalös hohen Anteil von Schülerinnen und Schülern, die ohne einen Abschluss die Schule verlassen, zu verringern sowie auch die Zahl derer, die nach der Schule über Jahre keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Dabei wird weiterhin der Zugang zu Wissen und Bildung nach vermeintlicher Leistungsfähigkeit zugeteilt, werden Kinder und Jugendliche aus ärmeren Familien, aus Familien mit Migrationshintergrund, Kinder und Jugendliche, die mit Behinderungen leben, benachteiligt und ausgegrenzt.

Das wollen wir ändern. Für DIE LINKE ist Bildungspolitik eine zentrale politische Frage für eine soziale, gerechte und demokratische Gesellschaft. Die Bundestagsfraktion der LINKEN setzt sich dafür ein, dass sich die Rahmenbedingungen für Bildungspolitik in Bund, Land und Kommunen verbessern und eine Bildungsrepublik, die diesen Namen verdient, auch entstehen kann.

1.2 Mehr Geld für Bildung – Privatisierung stoppen

„Vorfahrt für Bildung“ tönt es in allen Gassen. Doch in Wahrheit kommt in den Schulen weiter der Putz von der Decke, es gibt zu wenig KITAS, zu wenig Ausbildungs- und zu wenig Studienplätze, das BAföG reicht zum Leben hinten und vorne nicht aus, und in der Weiterbildung wird gekürzt was das Zeug hält. DIE LINKE steht für ein Ende der ewigen Rotstift-Politik in der Bildung: Wir wollen die öffentlichen Bildungsausgaben auf 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anheben. Damit würden jedes Jahr gut 40 Milliarden Euro mehr in die Bildung fließen. Dieses Geld ist dringend nötig, um die bestehenden Finanzierungslücken zu schließen – dies hat zum Beispiel die Hans-Böckler-Stiftung in einer Studie gezeigt (Roman Jaich 2008).

Die Bundesregierung ist dagegen weiter stramm auf Kürzungskurs. Mit dem Sparpaket hat sie im Sommer 2010 für die berufliche Weiterbildung weitere Milliardenkürzungen auf den Weg gebracht. Das Preisdumping durch die Arbeitsagenturen treibt inzwischen reihenweise Bildungsträger in den Konkurs. Zwar lädt die Bundeskanzlerin die Länder seit zwei Jahren regelmäßig zu sogenannten Bildungsgipfeln ein, doch was dort besprochen wird bleibt weitgehend folgenlos. Was die Bundesregierung an der einen oder anderen Stelle drauflegt, kürzt sie am anderen Ende gleich wieder weg.

Förderung für die Elite – Kürzungen für die Mehrheit

Mehrausgaben der Bundesregierung gehen vor allem in Eliteprogramme wie das sogenannte Deutschlandstipendium, welches den besten Studierenden ein zusätzliches Taschengeld verspricht, oder in die Exzellenzinitiative, welche Eliteuniversitäten auslobt und finanziell belohnt. Dort wo das Geld am dringendsten gebraucht würde aber kommt immer weniger an. Programme der Benachteiligtenförderung in der Ausbildung oder im Rahmen der Jugendhilfe werden Jahr für Jahr zusammengestrichen, das BAföG kann immer weniger seine Funktion erfüllen, jedem und jeder unabhängig vom eigenen Geldbeutel den Weg zum Wunschberuf zu ermöglichen.

Die Kosten für eine bessere Finanzierung des gesamten Bildungssystems – von der Krippe bis zu Weiterbildung – sollen vor allem die Bundesländer tragen, so die Ansage von Kanzlerin Merkel. Doch deren Haushalte pfeifen längst aus dem letzten Loch, und mit der Schuldenbremse wird ihnen auch noch der letzte Spielraum genommen. Die Schuldenbremse wird damit zur Bildungsbremse, und Deutschland wird immer mehr zum Schlusslicht in der Bildungsfinanzierung. Schon jetzt geben in der OECD nur noch drei Länder bezogen auf ihre Wirtschaftsleistung weniger Geld für Bildung aus als wir.

Die öffentlichen Bildungseinrichtungen können ihre Aufgabe, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihren Voraussetzungen bestmögliche Bildung und individuelle Förderung zu bieten, immer weniger erfüllen. Viele Eltern und Jugendliche haben das Vertrauen in das öffentliche Bildungssystem verloren und suchen Alternativen, indem sie private Schulen, Hochschulen oder Nachhilfe bezahlen. Jedes Jahr werden in Deutschland 100 Privatschulen gegründet. Doch hier kann nur hingehen, wer das nötige Kleingeld in der Tasche hat. Und das öffentliche Bildungssystem wird hierdurch keinen Deut besser, sondern im Gegenteil immer mehr aufgegeben. Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket finanziert nun sogar die Bundesregierung private Nachhilfeeinstitute mit – und überträgt ihnen damit genau die Aufgaben, die viele Schulen aufgrund ihrer chronischen Unterfinanzierung nicht mehr erfüllen können. Der Staat entzieht sich damit seiner Verantwortung für einen effektiven Nachteilsausgleich im Rahmen des öffentlichen Schulsystems.

Endlich umverteilen!

Um diese Entwicklung umzukehren, müssen die öffentlichen Haushalte deutlich besser ausgestattet werden. Hierfür brauchen wir eine Steuerpolitik, die auf das Prinzip der Solidarität setzt und die Wirtschaft sowie Gutverdienende wieder stärker in die Verantwortung nimmt. Der private Reichtum in Deutschland wächst aktuell in jeder Sekunde um 6.440 Euro. Er könnte – gerecht besteuert – zur Entlastung der öffentlichen Kassen beitragen und mehr Ausgaben unter anderem für Bildung möglich machen. Mit unserem Steuerkonzept ließen sich nach Kalkulationen von 2011 jährlich rund 175 Milliar-

den Euro zusätzlich einnehmen. Privatvermögen von mehr als einer Million Euro sollten mit 5 Prozent besteuert werden. Allein dies würde 80 Milliarden mehr in die öffentlichen Haushalte spülen. Auch große Erbschaften sollten stärker als bisher besteuert werden, nach dem Steuerkonzept der LINKEN ließen sich hier weitere 7 Milliarden jährlich einnehmen. Eine Finanztransaktionssteuer von gerade einmal 0,05 Prozent würde jedes Jahr 27 Milliarden Euro für öffentliche Aufgaben bereit stellen. Die Steuersenkungen der letzten zehn Jahre für die Konzerne müssen zurückgenommen werden und die Körperschaftssteuer wieder auf das Niveau von 2008, also auf 25 Prozent, angehoben werden – 35 Milliarden Euro mehr Steuern würden Bund und Länder hierdurch einnehmen. Um die Kosten der Krise zu finanzieren sollten die Finanzkonzerne – ausgenommen Sparkassen und Genossenschaftsbanken – außerdem mindestens zehn Jahre lang eine Sonderabgabe zahlen, so kämen jährlich noch mindestens 10 Milliarden Euro dazu. Das Konzept der LINKEN für die Einkommenssteuer sieht außerdem vor, dass der Spitzensteuersatz angehoben wird, im Gegenzug sollen Haushalte mit weniger als 6.000 Euro Einkommen im Monat entlastet werden.

Eine solide Bildungsfinanzierung können Bund, Länder und Kommunen nur erreichen, wenn sie alle an einem Strang ziehen. DIE LINKE macht sich daher für die Aufhebung des Kooperationsverbotes stark, das derzeit eine Zusammenarbeit in der Bildung verbietet. Die Schuldenbremse muss wieder abgeschafft werden und deutlich mehr Geld in die Bildung fließen, um auch den kommenden Generationen faire Chancen bieten zu können. Für ein gut ausfinanziertes Bildungssystem müssen außerdem auch die Unternehmen stärker in die Verantwortung genommen werden: Indem sie genügend Ausbildungsplätze anbieten und für die berufliche Fortbildung aller ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgen.

1.3 Gute Arbeit in der Bildung

Gute Bedingungen für Lernende und Lehrende sind zwei Seiten einer Medaille. Nur wenn Lehrerinnen und Lehrer sich gut vorbereiten können und genügend Zeit für individuelle Förderung haben, können die Schulen ihre Aufgabe wirklich gut erfüllen. In Kitas, Hochschulen und in der Weiterbildung gilt das gleiche. Doch in der Realität wurde auch in der Bildung in den letzten Jahren Personal abgebaut. Der Druck auf die Beschäftigten steigt, während die Löhne stagnieren. DIE LINKE steht an der Seite der Gewerkschaften, die für bessere Arbeitsbedingungen in der Bildung streiten.

Bessere Bedingungen für mehr Fachkräfte

Die Bezahlung in den Kindertageseinrichtungen ist so schlecht, dass viele Regionen bereits Probleme haben, überhaupt noch genügend Erzieherinnen und Erzieher zu finden. Berufseinsteigerinnen und -einsteiger finden hier vielfach nur noch zeitlich befristete Stellen und mit der weit verbreiteten Teilzeitbeschäftigung leben viele auf Hartz-IV-Niveau. Jede vierte

Erzieherin bzw. jeder vierte Erzieher geht wegen gesundheitlicher Probleme bereits frühzeitig in den Ruhestand und wegen der schlechten Bezahlung ist Altersarmut damit vorprogrammiert. Von den schlechten Arbeitsbedingungen in den Kitas sind vor allem Frauen betroffen – sie stellen 97 % der Erzieherinnen und Erzieher.

Auch die Schulen steuern auf einen heftigen Fachkräftemangel zu. Denn seit Jahren haben die Bundesländer zu wenig Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet und eingestellt. Jeder zweite Lehrer bzw. jede zweite Lehrerin ist bereits älter als 50 Jahre. Dennoch erscheint vielen Haushältern in den Ländern der Stellenpool für Lehrpersonal ein attraktiver Posten für massive Kürzungen zum Zwecke der Haushaltssanierungen. Es ist nämlich der größte Stellenpool in den Landeshaushalten. Durch den Personalabbau, die Erhöhung der Wochenarbeitszeiten und vielerorts größer gewordene Klassen hat sich die Lage für die Lehrkräfte bereits seit Jahren weiter verschlechtert. Dabei gilt ohnehin: Lehrerin oder Lehrer zu sein ist ein Stress-Job. Studien zeigen, dass 60 Prozent von ihnen zur Risikogruppe für einen Burnout gehören.

An den Hochschulen ist in den letzten Jahren ein Großteil der Lehrenden in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt worden. Unterhalb der Professur sind unbefristete Verträge für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geradezu vom Aussterben bedroht, mehr als die Hälfte der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat einen Arbeitsvertrag mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr. Viele finden gar keine Stelle mehr, sondern hangeln sich mit mehreren schlecht oder gar nicht bezahlten Lehraufträgen durchs Leben oder verlassen den Wissenschaftsbereich. Die Hochschulen brauchen dringend eine neue Personalstruktur, die allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, unabhängig davon, ob sie auf eine Professur berufen werden oder nicht, die Chance eröffnet, Wissenschaft als Beruf zu betreiben.

Staatliches Lohndumping stoppen

Auch in der Weiterbildung ist das sogenannte Normalarbeitsverhältnis – mit festem Arbeitsvertrag, unbefristet und in Vollzeit – längst zur großen Ausnahme geworden. In der Branche arbeiten fast fünf Mal so viele Freiberuflerinnen und Freiberufler wie Festangestellte, Weiterbildnerinnen und Weiterbildner haben im Schnitt 2,1 Jobs gleichzeitig. Die Mehrzahl der Beschäftigten verfügt über einen akademischen Abschluss. Das ist ein weiterer Beleg dafür, dass prekäre Arbeit nicht mehr nur mit geringer Qualifikation gleichzusetzen ist. Die Hartz IV-Gesetze haben in der Branche eine Spirale des Lohndumpings ausgelöst, Löhne zwischen 1.000 und 1.500 Euro für Vollzeitstellen sind keine Seltenheit. Das ist staatlich verursachtes Lohndumping. DIE LINKE streitet für einen angemessenen Mindestlohn in der Weiterbildung und für eine neue Vergabepolitik der Arbeitsagenturen, die nicht Preisdumping, sondern gute Qualität in den Mittelpunkt stellt.

Es ist ein Skandal, dass gerade im öffentlichen Bildungssystem und in der öffentlich geförderten Weiterbildung Niedriglöhne Gang und Gäbe sind und Beschäftigte massenhaft in unsichere Arbeitsverhältnisse gedrängt werden. Die Politik muss in der Bildung mit gut finanzierten Institutionen, kleinen Gruppen und aufgabengerechten Stellenplänen Verantwortung für eine deutliche Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen übernehmen. Gleichzeitig sind Bund, Länder und Kommunen als Tarifpartner gefragt, in allen Bildungsbereichen angemessene Löhne möglich zu machen. Für die ErzieherInnen müssen die kommunalen Arbeitgeberverbände kräftige Lohnsteigerungen vereinbaren. Außerdem müssen sich die Länder endlich bereit erklären, auch die Gehälter der angestellten – also nicht verbeamteten – LehrerInnen tariflich zu regeln. Verhandlungen für eine entsprechende Entgelttabelle werden von den Gewerkschaften seit Jahren eingefordert, während die Gehälter zwischen den Schulen in unterschiedlichen Bundesländern immer weiter auseinanderdriften. Für den Hochschulbereich ist als erstes der Bund gefragt: Er muss die Tarifsperre im Wissenschaftszeitvertragsgesetz aufheben, damit die Tarifpartner an den Verhandlungstisch kommen können – denn auch hier ist der Handlungsbedarf groß; insbesondere zur Einschränkung von Befristungen und freiwilliger Teilzeit werden dringend tarifliche Regelungen gebraucht. Wer eine gute Bildung will, muss auch für gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne in der Bildung sorgen.

1.4 Die Rechte von Menschen mit Migrationshintergrund in der Bildung stärken

Viele Studien belegen die besondere Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen, die mindestens ein Elternteil mit Migrationserfahrungen haben. Sie schneiden in allen untersuchten Bereichen von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung deutlich schlechter ab, weisen geringere Beteiligungsquoten auf und werden auf vielfältige Weise diskriminiert. Eine Untersuchung zeigte beispielsweise, dass Kinder mit Migrationshintergrund an Grundschulen trotz gleicher Schulleistungen seltener eine Weiterempfehlung für das Gymnasium erhalten. Schon durch den Namen, den Wohnort oder die ethnische Herkunft wird Kindern häufig ein geringes Bildungsvermögen unterstellt. Auch darum ist der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ohne Berufsabschluss zweieinhalb Mal so groß wie von Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Auch an Hochschulen sind Studierende mit Migrationshintergrund deutlich unterrepräsentiert. Die Ausgrenzungen im Bildungssystem setzen sich beim Berufseinstieg und im späteren Berufsleben fort. Erwerbslosigkeit, niedrige Einkommen und damit geringere soziale Absicherung führen dann häufig zu einem hohen Armutsrisiko. Oft haben diese Familien auch dadurch Probleme, für ihre Kinder die Kita-Beiträge aufzubringen, teuren Nachhilfeunterricht zu bezahlen oder für Studien- und Ausbildungsgebühren

sowie den Lebensunterhalt während der Ausbildung aufzukommen. So wird Bildungsarmut vererbt. Es ist nicht akzeptabel, dass die Herkunft und der soziale und ökonomische Status der Familien über den Bildungsweg entscheiden. Das gilt auch für Kinder mit Migrationshintergrund. Deshalb müssen innerhalb öffentlich finanzierter Bildung zielgerichtete und wirksame Gegenstrategien entwickelt werden.

Kinder mit Migrationshintergrund nicht ausgrenzen

Kinder mit Migrationshintergrund haben in Deutschland nur dann bessere Chancen, wenn es gelingt, Vorurteile abzubauen und die kulturellen Erfahrungen sowie die Sprache als Bereicherung für die kulturelle und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland zu begreifen. Nur dann wird es möglich sein, auch gegenseitige Ressentiments abzubauen und Verschiedenheit als Gewinn für alle anzunehmen. Kindereinrichtungen und Schulen, Vereine und Verbände für Sport und Kultur sowie Angebote der politischen Bildung können einen großen Beitrag dazu leisten, dass das Zusammenleben in Vielfalt gelingt.

Für uns hat jedes Kind ein Recht auf Bildung. Darum muss es auch für Kinder von illegal in Deutschland lebenden Menschen möglich sein, Kindertageseinrichtungen und Schulen zu besuchen.

Voraussetzung dafür ist ein inklusives Bildungsverständnis, das das gesamte Bildungssystem prägt. Bereits die Bildung in Kindereinrichtungen kann viel dafür leisten. Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund müssen – wie alle anderen – einen ganz täglichen Anspruch auf Bildung und Betreuung haben. Da die Barrieren für die Nutzung solcher Angebote für Familien mit Migrationshintergrund vielfach noch höher sind als für andere Familien, sollten die Angebote besser auf die bestehenden Bedürfnisse der Familien abgestimmt und besser zugänglich gemacht werden. Wenn Kinder gemeinsam spielen und lernen, treten kulturelle Unterschiede oft in den Hintergrund. Im Gegenteil, die unterschiedlichen kulturellen Erfahrungen werden schnell zur Bereicherung des gesamten Angebotes für alle Kinder.

Das gilt auch für die Schule. Zwei- und Mehrsprachigkeit sowie Akzeptanz und Toleranz gegenüber verschiedenen kulturellen Traditionen sind längerfristig ein Vorteil für Bildungsprozesse und kommen allen Kindern und Jugendlichen zugute. Ein inklusives Bildungssystem schafft Rahmenbedingungen für den bewussten Umgang mit der Heterogenität der Schülerinnen und Schüler im gemeinsamen Lernprozess. Nachteile können besser ausgeglichen, Unterschiede produktiv gemacht werden. Interkulturelles Lernen muss dabei gestärkt werden. Dabei geht es nicht nur darum, die Orientierungen der jeweils anderen zu verstehen, zu akzeptieren und nachzuvollziehen. Vielmehr gilt es zu vermitteln, dass dort, wo Menschen unterschiedlicher soziokultureller Herkunft zusammentreffen, etwas Neues entsteht. Das Nebeneinander unterschied-

licher Kulturen wird dann auch in der Gesellschaft mehr und mehr als Normalität und nicht als Bedrohung verstanden. Das ist genau genommen seit Jahrhunderten gesellschaftliche Realität, muss aber immer neu erarbeitet werden. Statt Anpassung an vorgegebene Strukturen der aufnehmenden Gesellschaft wird diese selbst durch die Akzeptanz von Vielfalt reicher, vielfältiger. Es kommt darauf an, Vielfalt für die gesellschaftliche Entwicklung produktiv zu machen. Dazu gehört auch, dass sich die Vielfalt der Kulturen beim Einsatz von ErzieherInnen und LehrerInnen widerspiegelt.

Sprachförderung ausbauen

Die Möglichkeit, sich verständlich zu machen, zu kommunizieren ist eine wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, für die Möglichkeit, das eigene Leben erfolgreich zu gestalten. Darum ist die Beherrschung der Sprache des Landes, in dem man lebt, eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Integration.

Wir halten es aber für problematisch, die Sprachbeherrschung zur primären oder gar einzigen Bedingung zu erklären und spätere Diskriminierungen wie etwa beim Arbeitsmarktzugang zu ignorieren. Vielmehr betrachten wir die Förderung von Zwei- und Mehrsprachigkeit als einen Gewinn für die gesamte Gesellschaft. Die Beherrschung mehrerer Sprachen sollte – gerade in einer ohnehin globalisierten Welt – nicht als Nachteil, sondern viel mehr als Gewinn angesehen werden. Menschen mit Migrationshintergrund haben durch die Beherrschung von zwei oder mehreren Sprachen einen Vorteil, der in der Gesellschaft zu gering geschätzt wird. Es ist aber nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund von Vorteil, wenn sie frühzeitig gemeinsam mit anderen Kindern lernen und zwar in Gruppen, in denen einerseits die deutsche

Sprache das gemeinsame Mittel der Verständigung ist, in denen aber andererseits der Zugang zu anderen Sprachen spielend erlernt wird.

Sprachstandserhebungen bei Kindern mit Migrationshintergrund können nach unserer Auffassung bestenfalls als Indikator für mögliche Unterstützungssysteme für das Erlernen der deutschen Sprache dienen, jedoch nicht mit dem Ziel, die eigene Herkunftssprache zu ersetzen. Sie sind zudem ungeeignet, jene Kinder zu unterstützen, die lernbedingt gefördert werden müssten. Vielmehr führen vermeintliche Sprachdefizite infolge des mehrgliedrigen Schulsystems zur strukturellen Diskriminierung und Ausgrenzung. Kinder mit Migrationshintergrund besuchen doppelt so häufig wie deutsche Kinder eine Sonderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen. Die Ausgrenzung aus dem regulären Schulsystem, aber auch das Wiederholen von Klassenstufen zementiert ihre spätere gesellschaftliche und berufliche Benachteiligung.

Auch im Erwachsenenalter können Defizite bei der Beherrschung der deutschen Sprache zu einer unüberwindlichen Barriere für die Integration werden. Die Forderung der Bundesregierung nach der Beherrschung der deutschen Sprache führt aber ins Leere, wenn der Zugang zu Sprachkursen vielen versperrt bleibt. Das ist aber bis heute der Fall. Zudem ist das Sprachkurssystem skandalös unterfinanziert. Um die gesellschaftliche Teilhabe zu erleichtern, ist ein umfassendes und qualitativ hochwertiges Angebot an Sprachkursen unerlässlich. Die Kursdauer muss verlängert und die Teilnahmegebühren für Geringverdienende abgeschafft werden. Die Vergütung muss so gestaltet werden, dass eine bessere Bezahlung der Lehrenden möglich wird sowie zu große Kurse verhindert werden.

2. Gute allgemeine Bildung für alle

Rosemarie Hein

Bildung begleitet Menschen ein Leben lang. Darum umfasst unser Bildungsverständnis auch alle Bildungsbereiche von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung. Niemand kann darauf vertrauen, irgendwann ausgelernet zu haben, jede und jeder hat das Recht, sich ein Leben lang zu bilden. Die Wege werden individuell sehr unterschiedlich sein, weil die Lebenswege und die persönlichen Lernvoraussetzungen unterschiedlich sind und die individuellen Interessen auch. Dies alles bestimmt, was man jeweils lernen will, lernen kann oder lernen muss. Nur was ein Mensch lernen darf, darf nicht durch die individuellen Lebensumstände vorbestimmt oder auch nur eingeschränkt sein. Darum sind für uns alle Bildungsbereiche gleichermaßen von Bedeutung.

2.1 Kinder lernen vom ersten Tag an

Längst hat es sich herumgesprochen, dass eine gute frühkindliche Bildung einen entscheidenden Einfluss auf die späteren Lebenschancen hat. Was Hänschen (und Gretchen) nicht lernen, kann später vielleicht nicht oder nur schwer nachgeholt werden. In vielen Studien wurde nachgewiesen, dass Kinder davon profitieren, wenn sie frühzeitig und gemeinsam mit anderen Kindern die Welt begreifen lernen. Sie kommen in der Schule besser zurecht und haben insgesamt bessere Lern- und Lebenschancen. Das gilt keinesfalls nur für Kinder aus sozial benachteiligten Familien oder solchen mit Migrationshintergrund. Kindereinrichtungen, die sich als Bildungseinrichtungen verstehen, leisten mehr als Betreuung in Zeiten der berufsbedingten Abwesenheit von Eltern. Sie entlasten und unterstützen Eltern bei der notwendigen Förderung und Bildung ihrer Kinder. Sie arbeiten mit pädagogisch ausgebildetem Personal und können kindgerechter und umfassender fördern, als das im Elternhaus oft möglich ist.

Kitas bieten viel mehr als nur Betreuung

In unserem Verständnis von Bildung und Erziehung im frühen Kindesalter gehen wir konsequent vom Kind, seinen sich entwickelnden Interessen und Bedürfnissen aus. Jedes Kind ist einzigartig. Jedes lernt auf individuelle Art und Weise die Welt begreifen. Erwachsene müssen Kindern Räume öffnen, in denen sie spielen, lernen, Freundschaften und Geborgenheit finden. Aufgabe von Kindertagesstätten ist es, Benachteiligungen früh zu erkennen und auszugleichen, die besonderen Talente jedes Kindes zu entdecken und ihnen Raum zur Entfaltung zu geben. Der Bildungsauftrag von Kindereinrichtungen ist auf die ganze Persönlichkeit gerichtet und umfasst die Förderung sozialer Kompetenzen und die emotionale Entwicklung ebenso wie die körperliche und geistige Entwicklung der kindlichen Persönlichkeit. Er bedeutet keine Vorwegnahme von Schule. Es geht um komplexe, altersgerechte Lernwelten,

die Kindern sonst nur eingeschränkt zur Verfügung stehen. In der Kindereinrichtung kommen Kinder aus unterschiedlichen sozialen Schichten zusammen. Dies ist gut für die Ausprägung sozialer Kompetenzen durch soziale Interaktion mit anderen Kindern und Erwachsenen. In Kindereinrichtungen können Kinder im Dialog mit Erwachsenen und gemeinsam mit anderen Kindern ihren Zugang zur Welt finden, das Wissen von ihr und der eigenen Person entwickeln, sich als soziales Wesen begreifen lernen und die Strukturen ihres Denkens entfalten. Neben der Förderung der kognitiven und sprachlichen Fähigkeiten ist es wichtig Gefühle, Kreativität und Phantasie auszubilden. In Kindereinrichtungen kann Sprache unkompliziert erlernt werden. Auch das gilt nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund. Traditionelle Geschlechterrollen werden oft schon in der frühen Kindheit geprägt. „Du bist doch ein Junge. Ein Junge weint nicht.“ Oder „Was denn, du spielst mit Puppen?“ Solche Äußerungen sind geeignet, Geschlechterrollen stark zu prägen und das wirkt sich oft auf das spätere Leben und die Berufsorientierung aus und behindert eine wirkliche Gleichstellung der Geschlechter in der Gesellschaft. Gerade in Kitas besteht die Möglichkeit, frühzeitig und bewusst der Ausprägung solcher Geschlechterrollen entgegenzuwirken. ErzieherInnen können im gemeinsamen Spiel der Kinder solchen Vorprägungen erfolgreich entgegenwirken. Strategien für eine geschlechtergerechte Bildung und Erziehung sollten darum in ihrer Ausbildung und Weiterbildung verstärkt angeboten werden.

Gemeinsam spielen und lernen

Aus dieser besonderen Rolle der institutionellen Kinderbetreuung leitet sich für uns der Anspruch auf einen Ganztagsplatz für alle Kinder von Anfang an – als Rechtsanspruch zuerst für Kinder, nicht zuerst für Eltern. Doch damit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für alle Eltern möglich ist, müssen Ganztagsplätze so angeboten werden, dass Eltern Vollzeit arbeiten können und niemand wegen zu kurzer Betreuungszeiten in Teilzeitarbeit gedrängt wird. Aber auch wenn es das Problem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht gäbe, das Recht der Kinder, gemeinsam mit anderen Kindern und möglichst frühzeitig und umfassend spielend lernen zu können, ist ein eigenständiger Grund für die Notwendigkeit frühkindlicher Betreuungsangebote. Es ist wichtig zu begreifen, dass in Kindereinrichtungen beide Aspekte, Bildung und Betreuung, völlig unabhängig voneinander ihre Berechtigung haben. In einer Gesellschaft, in der die Schere zwischen arm und reich immer mehr auseinander geht, in der sich entlang der Schichten Parallelwelten herausbilden, gewinnt diese Funktion von Kinderbetreuung an Bedeutung. Das Spielen und Lernen in einer Kindereinrichtung sollte Kindern unabhängig davon gewährt werden, inwieweit die Erziehungsberechtigten zeitlich und sachlich in der Lage sind, die Betreuung, Bildung und Erziehung selbst zu

gewährleisten. Eltern sollen sich darum ganz bewusst für die Förderung ihres Kindes in einer Kindertagesstätte entscheiden können – ohne Zugangsbeschränkung und Bedarfsprüfung.

DIE LINKE favorisiert die gemeinsame Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern von Anfang an, ob mit oder ohne Behinderung, ob deutscher oder anderer Muttersprache und unabhängig von ihrer sozialen Herkunft.

Gute Qualität in der Kinderbetreuung und gut ausgebildetes Fachpersonal

Die Sicherung anspruchsvoller Bildungsangebote für Kinder schon vor der Schule ist darum eine wichtige Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Gut ausgebildetes pädagogisches Personal ist eine unerlässliche Voraussetzung, wenn Kindereinrichtungen ihrem anspruchsvollen Bildungsauftrag gerecht werden sollen. Um einen Rechtsanspruch auf Betreuung vom ersten Lebensjahr an für alle zu gewährleisten, bedarf es deutlich mehr gut ausgebildeter Erzieherinnen und Erzieher als heute zur Verfügung stehen. Zudem muss die Attraktivität des Erziehungsbberufes spürbar erhöht werden – entsprechend der gesellschaftlichen Bedeutung der dort geleisteten Arbeit. Deshalb schlägt DIE LINKE vor, die Inhalte der Ausbildung von pädagogischen Fachkräften den gewachsenen Anforderungen anzupassen und das Niveau der Ausbildung von ErzieherInnen für Kindertageseinrichtungen auf Hochschulniveau anzuheben. Dazu sind in den vergangenen Jahren erste Schritte gegangen worden, aber die Anstrengungen reichen noch lange nicht aus. Das Angebot an Hochschulbildungen im Erziehungsberuf muss deutlich ausgeweitet werden und es sollte geprüft werden, ob es möglich ist, die derzeitigen Ausbildungsgänge entsprechend anzupassen. DIE LINKE tritt darüber hinaus für den Ausbau der Fort- und Weiterbildungsangebote und des Erfahrungsaustauschs ein. Die Vor- und Nachbereitung von Betreuungsarbeit ist Bestandteil der Arbeit der ErzieherInnen. Dazu müssen finanzielle Mittel und ein angemessener Zeitfonds innerhalb der wöchentlichen Arbeitszeit zur Verfügung stehen.

Wenn der Bildungsauftrag von Kindereinrichtungen ernst genommen wird, sollte es Ziel sein, dass diese Angebote schrittweise, beginnend mit einem Vorschuljahr und der Hortbetreuung unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Diese Einsicht ist in den letzten Jahren auch in der Gesellschaft gewachsen. Das gilt auch für ein gesundheitsförderndes Mittagessen, dessen Finanzierung heute für nicht wenige Eltern der Grund ist, ihre Kinder nicht in Kindereinrichtungen betreuen zu lassen. Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche aus finanzschwachen Elternhäusern ist dazu nur ein unzureichender Schritt gemacht worden.

2.2 Allgemeinbildende Schule mit hohem Anspruch und ohne Ausgrenzung

Die Entwicklungsprozesse in der Gesellschaft sind geprägt von einem tiefgreifenden Wandel der Produktivkräfte. Er wird bestimmt von sogenannter „Wissensexpllosion“ und einer rasch wachsenden Fähigkeit, Informationen zu transportieren, zu verarbeiten und zu vernetzen. Globale Verknüpfungen und Abhängigkeiten erhalten eine neue Qualität. Moderne Produktionsprozesse werden immer stärker vom Ergebnis allgemeiner Arbeit, von Informationsarbeit, von sozialer und gestalterischer Kreativität abhängig.

Diese Entwicklungen sind zutiefst ambivalent. Doch gleich wie man sie bewertet, erhalten ein hohes Bildungsniveau, kulturelle Qualifikationen, soziale Kompetenz und Kreativität von Menschen ein deutlich höheres Gewicht.

In der Folge werden die Forderungen an die Schule aus der Gesellschaft heraus detaillierter. Neben die Kritik an den Lernleistungen im Bereich der tradierten Bildungsinhalte treten Forderungen nach Aufnahme neuer Fachdisziplinen in den Fächerkanon. Die Ausweitung insbesondere naturwissenschaftlich-technischer Bildung wird ebenso gefordert wie die Aufnahme zusätzlicher ökonomischer und technischer Schulfächer.

Hohe Bildungsabschlüsse für alle zugänglich machen

Für DIE LINKE ist der gleiche Zugang zu höchsten Bildungsabschlüssen eine grundlegende Forderung. Er muss durch eine demokratische Gesellschaft im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gewährt und gewährleistet werden. Den freien und gleichen Zugang zu Bildung und zu den höchsten Bildungsabschlüssen im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu sichern, steht im Zentrum eines Rechtsanspruches auf Bildung für jede und jeden. Eine zukunftsfähige Schule muss immer eine inklusive Schule für alle sein. Das fordert nicht nur die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, es ist eine grundlegende Forderung nach sozialer Gerechtigkeit. Für die Schule heißt das: es müssen auch Beratungssysteme für unterschiedliche Förderbedarfe in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Wir treten darum für die bundesweite Schaffung von Schulformen ein, in denen nicht nach besonderen Bildungsgängen getrennt wird. Solche Schulformen sind für uns integrierte Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen, die jeweils auch den Weg zum Abitur beinhalten oder wenigstens ohne Umwege öffnen. Solche Schulen ermöglichen die Mobilität, die heute vielen Familien abverlangt wird, ohne den Bildungserfolg der eigenen Kinder zu gefährden oder zu erschweren.

DIE LINKE will eine individuelle Lernförderung an allen Schulen. Das erfordert eine Vielfalt der Lehr- und Lernmethoden. Darum sollen zum Beispiel Möglichkeiten des selbstbestimmten Lernens und des gemeinschaftlichen Lernens in heterogenen Lerngrup-

pen stärker genutzt werden. Es geht um neigungsorientierte und leistungsbezogene Formen der individuellen Förderung innerhalb dieser Lerngruppen und um eine Vielzahl von Zusatzangeboten im Wahl- und Wahlpflichtbereich sowie um erweiterte Möglichkeiten für Arbeitsgemeinschaften und andere Formen, die je nach Interessen und Fähigkeiten von Schülerinnen und Schülern genutzt werden können. Dazu sollen u.a. fach- und jahrgangsübergreifende Angebote an den Schulen entwickelt werden. Sie sollen sowohl „schwächeren“ Schülerinnen und Schülern zur Überwindung ihrer Defizite als auch leistungsstärkeren zur weiteren Profilierung kostenfrei zur Verfügung stehen.

Wir sehen in heterogenen Lerngruppen vor allem auch Potentiale für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler, sich neue Wege für eigene Lernfortschritte zu erschließen. Zudem sind solche Lerngruppen geeignet, selbstbestimmter zu lernen. Das gilt für alle Kinder, also auch für die leistungsstarken. Das alles erfordert allerdings auch ein Neudenken der Leistungsmessung einschließlich der Formen der Abschlussprüfungen. In einer solchen Schule verbietet sich ein Zentralabitur, muss Vergleichbarkeit auf einem anderen Niveau als über abfragbares Faktenwissen hergestellt werden. Wir wollen, dass alle Lernenden wenigstens einen soliden Abschluss der zehnten Klasse erreichen können und der Weg zum Abitur breiter geöffnet wird. In diesem Zusammenhang sehen wir auch die Möglichkeit doppeltqualifizierender Bildungsgänge nach der zehnten Klasse als lohnenswert an.

Allseitige und demokratische Bildung

Die Funktion von Allgemeinbildung ist von dem Erziehungswissenschaftler Wolfgang Klafki treffend beschrieben worden. Wir knüpfen dort an. Nach unserer Auffassung muss die allgemeinbildende Schule drei Zielen dienen:

1. Sie muss demokratische Schule sein. Sie soll Bildung für alle anbieten. Daraus leitet sich auch der emanzipatorische Anspruch der Linken ab, einen gleichen Zugang für alle Kinder zu allen Bildungsangeboten zu fordern. Sie soll alle an Schule Beteiligten in demokratische Entscheidungen einbeziehen.
2. Die allgemeinbildende Schule bietet für alle einen gleichen Zugang zu einer allgemeinen, aber gleichzeitig individuell variablen Auswahl aus dem großen Komplex des Menschheitswissens, das über Bildung zum Handwerkszeug der Allgemeinheit werden soll.
3. Die allgemeinbildende Schule bietet allseitige Bildung, auf die ganze Persönlichkeit gerichtet. Allgemeine, auf die Ausprägung aller Seiten der Persönlichkeit gerichtete Bildung befähigt Menschen, sich selbstständig und selbstbewusst mit der Gesellschaft auseinander zu setzen und sich in ihr zurechtzufinden.

Aus dieser Sicht verbietet sich die Vorauswahl von Bildung über feste, weitgehend undurchlässige Bildungswege in Vorwegnahme vermeintlicher späterer Bestimmung des Individuums. Eine solche Vorauswahl wäre nicht nur ein unzulässiger Eingriff in die Freiheit, die Autonomie und die Autorität der Persönlichkeit

und würde schon von daher emanzipatorischen Zielstellungen widersprechen, sondern schlimmer, sie produziert diese spätere vermeintliche Bestimmung des Individuums erst!

Zu moderner Bildung gehört auch die sichere Beherrschung der digitalen Kulturtechniken und die Fähigkeit, sich sicher und kritisch im Internet und in kommunikativen Netzwerken zu bewegen.

Wir wollen keine vordergründige Ausrichtung des an der Schule zu Lernenden auf die spätere Verwertung am Arbeitsmarkt. Zu einer modernen Bildung gehören für uns polytechnische Bildung und die Förderung von Kreativität als durchgängige Bestandteile allgemeiner Bildung in der Schule gleichermaßen.

Polytechnische Bildung beschränkt sich hierbei nicht auf Berufsorientierung. Sie soll vielmehr dazu beitragen, dass das in der Schule zu Lernende möglichst konkret an der Erfahrungswelt der Kinder und Jugendlichen anknüpft, Lerninhalte aus unterschiedlichen Fächern zusammenführt und mit Erfahrungen aus der Arbeitswelt verbindet. Polytechnische Bildung in unserem Verständnis soll über moderne Produktionsprozesse und über ökonomische Zusammenhänge informieren sowie die Fähigkeit entwickeln, solche Prozesse kritisch zu begleiten und zu gestalten. Sie soll außerdem dabei helfen eigene Interessen zu erkunden und exemplarisch Erfahrungen zu sammeln. Daneben bildet die Berufsorientierung eine immanente Querschnittsaufgabe in allen Schulen und für alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig davon, welchen Abschluss sie anstreben oder erreichen werden.

Die kreativen Fächer und musische Bildung haben einen wichtigen Einfluss auf die Ausprägung der ganzen Persönlichkeit, auf ihre individuellen Stärken. Die Entwicklung von Kreativität ist nicht auf die musischen Fächer beschränkt, wengleich ihnen ein besonderer Anteil dabei zufällt. Kreativität ist nicht nur von großer Bedeutung für die Stärkung der Persönlichkeit für die Bereicherung des eigenen Lebens, bietet Erfüllung, Entspannung, Freude und auch Genuss, sie ist auch von großer gesellschaftlicher Relevanz. Kreativität befähigt zur Innovation. Kreative Menschen sind besser vorbereitet, ihr eigenes Leben erfolgreich zu meistern, sie werden aber auch in der Gesellschaft gebraucht für die Lösung komplizierter wirtschaftlicher, technologischer, sozialer, ökologischer und anderer Gegenwarts- und Zukunftsprobleme der Gesellschaft.

Eine moderne Schule hat zur Aufgabe, auf die Verwirklichung der Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern zu achten und ein entsprechendes Urteilsvermögen sowie Sensibilität für Geschlechtergerechtigkeit zu entwickeln.

Dazu wird es zum Beispiel erforderlich sein, geschlechtstypischem Verhalten bei der Zuwendung zu bestimmten Bildungsinhalten bewusst entgegenzuwirken und entsprechende Lernmotivationen zu befördern.

Soziales Lernen fördern

Soziales Lernen ist für uns besonders wichtig. Es richtet sich vor allem auf die Ausprägung emanzipatorischer Fähigkeiten. Darunter verstehen wir insbesondere Fähigkeiten, sich selbständig, kritisch und selbstkritisch mit der Welt auseinander zu setzen, humanistische Werte als Maßstäbe für soziales Denken und Handeln, soziale Handlungskompetenzen und die Befähigung zu tätiger Solidarität zu entwickeln. Soziales Lernen stärkt die Fähigkeit, eigene Interessen und Positionen auch im Konflikt mit anderen zu vertreten, Konflikte und unterschiedliche Interessenlagen zu akzeptieren. Es stärkt die Fähigkeit zu friedlicher Konfliktbewältigung, die Fähigkeit demokratische Entscheidungen herbeizuführen und die Bereitschaft, diese zu akzeptieren, aber auch inhumane Denk- und Verhaltensweisen zu erkennen und ihnen wirksam zu begegnen. Akzeptanz und Toleranz gegenüber anderen Lebensweisen und kulturellen Traditionen gehören zu einer humanistischen Bildung.

In einer solchen Schule ändern sich auch die Rolle der Lehrenden und die Art des Lehrens. In einer solchen Schule gibt es Methodenvielfalt und mehr Mitsprachemöglichkeiten über die Auswahl von Bildungsgegenständen aus einem breiten, für alle gleichen Angebot.

Gute Schule braucht pädagogische Unterstützungssysteme. Nicht nur an sogenannten Schwerpunktschulen müssen SchulsozialarbeiterInnen mit Lehrenden zusammenarbeiten, muss schulpsychologische Beratung für Lehrende wie für Eltern und Lernende zur Verfügung stehen. Man darf nicht warten, bis die Probleme sich zuspitzen und das sprichwörtliche Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Darum müssen geeignete Formen der Prävention gefunden und praktiziert werden.

Alle Schulen sollen sich zum sozialen Umfeld hin öffnen und mit Verbänden, Vereinen, Unternehmen, demokratischen Strukturen im Territorium und darüber hinaus zusammenarbeiten. Die Schulen sollen deren Möglichkeiten zur Zusammenarbeit nutzen und sich zugleich als Schule zur Geltung bringen.

Außerunterrichtliche und außerschulische Bildungsangebote, die jede und jeder individuell nutzen kann, tragen zu Vielfalt der Bildungslandschaften bei. Damit sie ihre Funktion erfüllen können, müssen sie gleichermaßen für alle zugänglich sein. Musikschulen und Kunstschulen gehören ebenso dazu wie die zahlreichen Sportvereine und Vereine der kulturellen und politischen Jugendbildung. Damit diese für alle, die es wünschen, zugänglich sind, ist eine auskömmliche Finanzierung der meist kommunalen Einrichtungen und der oft durch ehrenamtliches Engagement getragenen Vereine und Verbände erforderlich.

2.3 Demokratisierung von Schule und Bildung

Die Schule in Deutschland ist ein hierarchisches System, das von der Schulpflicht einerseits und starren Regeln andererseits geprägt wird. Darin bleibt

oft wenig Raum für eine demokratische Gestaltung der Bildungsprozesse. Das Erlernen demokratischer Regeln und demokratischen Verhaltens, das für eine demokratische Gesellschaft unverzichtbar ist, erfolgt aber am leichtesten und besonders nachhaltig dann, wenn man es im täglichen Leben übt. Zudem handelt es sich bei Bildung um einen höchst individuell ablaufenden Prozess, der ohne die Selbsttätigkeit des einzelnen kaum erfolgreich sein kann. Lernen kann man nur selbst. Der „Nürnberger Trichter“ hat ausgedient.

Darum ist es so wichtig, dass Bildungsprozesse demokratische Mitwirkung und Mitentscheidung ermöglichen und nicht verhindern. Das bezieht sich sowohl auf den freien Zugang zu allen Bildungsangeboten und Bildungswegen, auf die Auswahl des zu Lernenden und auf die Gestaltung der Bildungsprozesse selbst. DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle an Bildung Beteiligten Mitsprachemöglichkeiten haben sollen: Lernende, aber auch Eltern, Lehrende, pädagogisches Fachpersonal und auch technische sowie Verwaltungskräfte, die in Schulen und Bildungseinrichtungen tätig sind. Sie alle sollen nach Maßgabe ihrer besonderen Verantwortung an der konkreten Gestaltung des schulischen Lebens beteiligt sein.

Wege, solche demokratischen Entscheidungsprozesse möglich zu machen, sind die paritätische Zusammensetzung von Konferenzen, die Wählbarkeit von Schulleitungen, die Mitsprache bei der Stoffauswahl im Rahmen der für alle geltenden Bildungsstandards, die offene Arbeit in Lernprozessen, zum Beispiel durch Wochenplanarbeit u.ä., die Einbeziehung von demokratisch gewählten Vertretungen der Lernenden, der Lehrenden und der Eltern. Schülervertretungen sollen ein allgemeines politisches Mandat haben und sich zu allen gesellschaftlich relevanten Fragen äußern dürfen. Sie müssen finanziell und organisatorisch in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben nachgehen zu können. Schulträger sind von den Ländern auch bei inhaltlichen Veränderungen der Bildungslandschaften stärker zu hören und in Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

DIE LINKE geht davon aus, dass derart nachhaltig gesellschaftlich relevante Fragen wie die Entwicklung regionaler Bildungslandschaften, das Zusammenleben und -wirken in Bildungseinrichtungen und die Gestaltung des Lernens auch auf breiten gesellschaftlichen Schultern zu tragen sind und die Perspektive der Lehrenden und Lernenden ein größeres Gewicht erhalten muss. Die daraus möglicherweise entstehende größere Vielfalt der Schullandschaft ist keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung der Bildungsprozesse, vorausgesetzt, dass sie allen Lernenden gleichermaßen zugutekommt. Allerdings müssen solche Prozesse der Öffnung und demokratischen Gestaltung mit Entbürokratisierung des verregelten Bildungssystems und dem Abbau von Zugangshürden verbunden sein.

2.4 Bessere Rahmenbedingungen fürs Lehren und Lernen und gute Ausbildung für Lehrkräfte

Lehrerinnen und Lehrer sowie andere pädagogische Fachkräfte tragen eine hohe Verantwortung für die Entwicklung der jungen Generation, für ihre Zukunftschancen und ihr gesellschaftliches Engagement. Oft wird diese Verantwortung nicht genügend gewürdigt. DIE LINKE will, dass pädagogische Arbeit, gleich in welcher Institution, eine deutlich höhere gesellschaftliche Anerkennung erfährt. Dazu gehört, dass den Arbeitsbedingungen von PädagogInnen größere Aufmerksamkeit entgegengebracht und ihre Arbeit auch besser honoriert wird. Es gibt keinen Grund, Lehrerinnen und Lehrer unterschiedlicher Schulformen unterschiedlich zu bezahlen. Die Arbeit an Grundschulen ist nicht mehr oder weniger wert als an Gymnasien. Auch die Arbeit frühpädagogischer Fachkräfte bedarf einer größeren gesellschaftlichen Anerkennung. DIE LINKE fordert, dass die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern von Anfang an als pädagogische Ausbildung verstanden und gestaltet wird. Erziehungswissenschaften, Soziologie, Didaktik und Methodik müssen

im gesamten Studium besser verankert werden. Die Ausbildung von frühpädagogischen Fachkräften muss auf Hochschulniveau angehoben werden.

Für Lehrende und Lernende müssen die Arbeitsbedingungen deutlich verbessert werden. Dazu gehören nicht nur intakte Schulgebäude und angemessene Freizeitflächen, sondern auch die Ausstattung der Schulen mit Unterrichtsmaterialien und Schulbüchern, die Verfügbarkeit von Computern einschließlich einer modernen Unterrichtssoftware, aber auch kleinere Lerngruppen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Software für den Lernprozess frei zugänglich ist.

Freier und gleicher Zugang zu allen Bildungswegen erfordert materielle Voraussetzungen, die es ermöglichen, dass Kinder unterschiedlicher sozialer Herkunft gleiche Bildungschancen erhalten. Das gilt für die Ausstattung mit Schulbüchern und Unterrichtsmaterialien gleichermaßen wie für den freien Zugang zu modernen Medien, die Finanzierung der Schülerbeförderung und nicht zuletzt den baulichen Zustand der Schulgebäude.

3. Wege in den Beruf

3.1 Gute Ausbildung für alle

Agnes Alpers

Eine „gute“ Ausbildung ist eine umfassende und moderne Ausbildung. Sie dient Jugendlichen, ihre eigenen Interessen und Neigungen zu verwirklichen, eröffnet transparente Entwicklungsmöglichkeiten, einen guten Verdienst und führt zu einem vollwertigen und anerkannten Abschluss. Im Mittelpunkt steht dabei das Recht aller jungen Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben und auf berufliche- und gesellschaftliche Teilhabe fernab von wirtschaftlichen Verwertungsinteressen. Eine gute Ausbildung wird dem Interesse der Gesamtgesellschaft an qualifizierten, selbstbewussten und selbstbestimmten Menschen gerecht und wirkt einem drohenden Fachkräftemangel wirkungsvoll entgegen. Um jedem und jeder eine seinen/ihren Fähigkeiten und Interessen entsprechende berufliche Erstausbildung zu ermöglichen, muss das Recht auf Ausbildung verbindlich verankert werden.

DIE LINKE tritt für eine gebührenfreie berufliche Erstausbildung ein. Eine Ausbildungsvergütung steht allen Jugendlichen in betrieblicher wie in schulischer Ausbildung zu. Schulgebühren jeder Art sind auszuschließen. Mitbestimmung in Ausbildungsbetrieben und in der Berufsschule ist zu gewährleisten, das Recht auf gewerkschaftliches und gesellschaftliches Engagement ist zu garantieren.

Vorfahrt für duale Ausbildung

Mehr als 70 Prozent aller in Berufsausbildung befindlichen jungen Menschen durchlaufen eine duale Ausbildung. Das Prinzip der dualen Ausbildung wird jedoch immer wieder in Frage gestellt, da einerseits die Unternehmen ihre gesellschaftspolitische Pflicht vernachlässigen, indem sie nicht ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Andererseits setzt auch der Staat die bereits 1980 vom Bundesverfassungsgericht als angemessen bestätigte Ausbildungsquote – 12,5 Prozent mehr Ausbildungsplätze als BewerberInnen – nicht um. Diese Quote würde eine „freie Wahl des Ausbildungsstätte“ garantieren.

DIE LINKE hält an der dualen Ausbildung fest, da Qualifikationen durch ein ausgewogenes Theorie-Praxis-Verhältnis in einem breiten Spektrum vermittelt werden. Durch die Verankerung im Betrieb sind die Auszubildenden nicht nur in betriebliche Abläufe eingebunden, sondern gewinnen vielfältige Kenntnisse über den Beruf und den Betrieb sowie über Kommunikationsstrukturen in der Arbeitswelt. Zusätzlich steigen die Chancen auf Übernahme nach der Ausbildung.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alle Auszubildenden eine qualitativ gute Ausbildung mit einem guten Theorie-Praxis-Verhältnis erhalten. Dafür muss das

Recht auf Ausbildung umgesetzt und die Ausbildungsumlage eingeführt werden.

Von der Schule in die Warteschleife?

Seit 1995 stecken wir in der Ausbildungskrise. Mittlerweile gibt es 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 29 Jahren ohne Ausbildung. Jährlich fehlen über hunderttausend Ausbildungsplätze. Unzählige junge Menschen stecken im Ausbildungsstau, in Übergangsmaßnahmen, in schlecht bezahlten Jobs oder sind erwerbslos. Viele rutschen – unbemerkt von den Arbeitsagenturen und der Gesellschaft – ganz durch die Maschen der Ausbildungsstatistik.

Jedes Jahr münden mehr als 300.000 Jugendliche in das sogenannte Übergangssystem. Sie wünschen sich eine Ausbildung und landen stattdessen in Berufsvorbereitungs- und Grundbildungsjahren, Berufseinstiegsklassen, Einstiegsqualifizierungen der Arbeitsagenturen und vielen anderen Maßnahmen. Ihr Alltag ist äußerst unterschiedlich, doch eines ist all diesen Maßnahmen gemeinsam: sie vermitteln keinen anerkannten Berufsabschluss und eröffnen den Jugendlichen damit kaum neue Perspektiven. Über die Hälfte der Jugendlichen hat anschließend weiterhin Schwierigkeiten einen Ausbildungsplatz zu finden. Rund ein Drittel der AnfängerInnen im Ausbildungssystem landet inzwischen Jahr für Jahr in diesem Bereich, der ursprünglich nur für wenige mit besonderem Förderbedarf gedacht war, sich aber wegen des Mangels an Ausbildungsplätzen zu einem riesigen Auffangbecken entwickelt hat. Betroffen sind insbesondere Menschen mit geringeren Schulabschlüssen – jedeR zweite HauptschülerIn, aber auch jedeR vierte RealschülerIn. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alle Bildungsgänge Qualifikationen erweitern und tatsächlich den Weg zu einem anerkannten Abschluss eröffnen.

Die Arbeitsagenturen können nur die Hälfte der Bewerberinnen und Bewerber direkt in Ausbildung vermitteln. Sie schönen ihre Statistik, indem sie alle BewerberInnen als versorgt zählen, die ihre Suche irgendwann aufgeben, eine Alternative wahrnehmen, in das Übergangssystem übergehen oder deren Verbleib unbekannt ist. Andere werden als „nicht ausbildungsreif“ deklariert und verschwinden damit ebenfalls aus der Statistik. Viele weitere melden sich gar nicht erst bei den Agenturen, weil sie von diesen keine Vermittlung in eine Ausbildung erwarten. So wird durch die offizielle Statistik die Ausbildungsmisere mehr verschleiert als transparent gemacht, der hausgemachte Fachkräftemangel in einigen Regionen und Branchen wird weiter verschärft und Hunderttausenden der Zugang in die Berufswelt verwehrt. DIE LINKE fordert eine integrierte Ausbildungsstatistik, die den realen Bedarf darlegt statt den Mangel zu vertuschen.

Das Grundrecht auf Ausbildung umsetzen

DIE LINKE tritt dafür ein, das Grundrecht auf Ausbildung eigenständig im Grundgesetz zu verankern. 2008

wurde von der DGB-Jugend und der Landesschülervertretung Hessen eine entsprechende Petition an den Bundestag mit über 72.000 Unterschriften eingereicht. Dieser Rechtsanspruch würde einen fortwährenden Handlungsauftrag an den Staat bedeuten, eine qualifizierte Berufsausbildung für alle Jugendlichen und ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen – unabhängig von der konjunkturellen und demografischen Entwicklung. Von der schwarz-gelben Bundesregierung wurde die Petition abgelehnt. DIE LINKE wird weiterhin gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Landesschülervertretungen dafür eintreten, das Grundrecht auf Ausbildung umzusetzen.

Von den Unternehmen wird immer wieder eingewendet, viele Jugendliche seien gar nicht ausbildungsreif – und der Mangel an Ausbildungsplätzen folglich gar nicht das Problem. Was Ausbildungsreife genau ist, wird dabei sehr unterschiedlich definiert. Mittlerweile wird der Begriff der Ausbildungsreife zu einem politischen Schlagwort, das von den Betrieben entsprechend ihrer aktuellen Interessen (aus-)genutzt wird. Die Anforderungen an die Jugendlichen werden immer höher geschraubt. Das Bundesinstitut für Berufliche Bildung kommt zu dem Ergebnis, dass es vielen Betrieben eher darum geht, sofort einsetzbare Arbeitskräfte zu rekrutieren statt Jugendlichen eine umfassende Ausbildung zu bieten. Damit muss endlich Schluss sein: DIE LINKE will die Betriebe dafür in die Verantwortung nehmen, dass alle jungen Menschen eine gute Ausbildung erhalten, die ihren Fähigkeiten und Interessen entspricht.

Solidarische Ausbildungsumlage einführen

Die Bundesregierung blockiert jedoch weiter die „freie Wahl der Ausbildungsstätte“ (Artikel 12 Absatz 1 Grundgesetz). DIE LINKE fordert deshalb konsequent eine solidarische Ausbildungsumlage, an der sich alle Unternehmen einer Branche beteiligen, um allen das Recht auf einen Ausbildungsplatz zu gewährleisten. Hierbei sollen alle Betriebe in einen Ausbildungsfond einzahlen, aus dem dann alle Ausbildungsplätze finanziert werden. Ausbildungsinhalte, die nicht im Betrieb vermittelt werden können, werden in überbetrieblichen Einrichtungen erlernt. Besonders kleine und mittelständische Betriebe, die ausbilden, würden durch diese Art der Ausbildungsfinanzierung entlastet. Das Modell wird unter anderem seit über 30 Jahren erfolgreich in der Baubranche angewandt.

Die Einführung einer Ausbildungsumlage wurde 2004 schon einmal in Bundestag und Bundesrat diskutiert, doch die rot-grüne Bundesregierung vereinbarte schließlich stattdessen den Ausbildungspakt. In einer freiwilligen Selbstverpflichtung versprachen die Unternehmen zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Doch das Angebot an Ausbildungsplätzen stieg nicht, sondern sank. 2011 erreichten die Ausbildungsplätze erstmals wieder das Niveau von 2004 – aber wie schon damals reicht dieses Angebot auch heute hinten und vorne nicht aus, um allen Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen.

Trotzdem hält auch die schwarz-gelbe Bundesregierung am Ausbildungspakt fest. Seit 2010 werden im Ausbildungspakt nicht einmal mehr Zielzahlen für das Angebot an Ausbildungsplätzen benannt, und die Gewerkschaften sitzen nicht mehr mit am Verhandlungstisch.

Stattdessen versucht die Bundesregierung immer weiter mit hilflosen Notmaßnahmen am Ausbildungsplatzmangel herumzudoktern, ohne das Problem wirklich anzugehen. Mit dem Ausbildungsbonus wurde versucht, Unternehmen für die Schaffung von neuen Ausbildungsplätzen für „AltbewerberInnen“ zu belohnen – also für junge Menschen, die bereits mehrere Jahre nach einem Ausbildungsplatz suchen. Doch die Evaluation ergab, dass er kaum genutzt wurde. Und wenn doch, dann im Wesentlichen von Unternehmen, die die Auszubildenden auch ohne den Bonus eingestellt hätten. Immer wieder werben die Betriebe mit der Schaffung neuer Ausbildungsplätze in der einen Werkhalle, während gleichzeitig in der Nachbarhalle ein Platz gestrichen wird. So wird von der einen in die andere Tasche gewirtschaftet, ohne dass die Jugendlichen etwas davon haben. Insgesamt bildet weiter nur knapp ein Viertel der Betriebe aus, die Ausbildungsmisere hält an. Es ist Zeit, endlich Nägel mit Köpfen zu machen und ein verlässliches Umlagesystem auf den Weg zu bringen.

Qualität sichern

Was eine gute Ausbildung ist, machen Auszubildende vor allem an einer umfassenden und strukturierten Vermittlung der Ausbildungsinhalte, an einer guten Betreuung und an der Einhaltung von Arbeitsschutzbestimmungen fest. Zudem spielt die Vergütung eine wichtige Rolle. Sie bietet häufig die erste Möglichkeit, von den Eltern finanziell unabhängig zu sein und so die Zukunft selbständig zu gestalten.

Gleichzeitig wird durch die Vergütung die geleistete Arbeit anerkannt. Doch auch unter den Auszubildenden, die eine tarifliche Vergütung erhalten, liegt diese nur für gut die Hälfte oberhalb von 650,- Euro – die anderen sind weiterhin von ihren Eltern abhängig oder müssen Berufsausbildungsbeihilfe beantragen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alle eine Vergütung erhalten, mit der sie ihr Leben selbstbestimmt gestalten können.

Eine wichtige Voraussetzung für eine gute Ausbildung ist auch die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen. Das Jugendarbeitsschutzgesetz regelt, dass Auszubildende in der Woche nicht mehr als 40 Stunden arbeiten dürfen. In einigen Ausbildungsberufen werden allerdings die regulären Arbeitszeiten oft nicht eingehalten, Überstunden sind an der Tagesordnung. Erholungsphasen, Zeit zum Lernen nach der Schule, Vorbereitungen für Klassenarbeiten am Wochenende, verlässliche Zeiten mit Freunden und Familie werden damit beschnitten. DIE LINKE setzt sich dafür ein, den Jugendarbeitsschutz nicht nur beizubehalten, sondern ihn auf alle Auszubildenden auszuweiten – unabhängig von ihrem Alter. Ausbildungszeiten sind keine

Ausbeutungs-, sondern Lernzeiten, die die fachliche Qualität und die beruflichen Perspektiven für junge Menschen sichern.

Für Auszubildende ist wichtig, dass alle Ausbildungsinhalte erlernt werden können, dass sie die dazu notwendige Zeit tatsächlich zur Verfügung haben, dass sie im Lernprozess kompetent unterstützt werden und auch Fehler machen dürfen. Die Auszubildenden wollen in ihrer Arbeit und als Menschen anerkannt werden und dementsprechend die Arbeitsprozesse mitgestalten und selbständig arbeiten. Die AusbilderInnen sollen ihnen neue Arbeitsbereiche erklären, ihnen aber auch die Möglichkeit geben, diese zu erproben und zu reflektieren. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe, für die AusbilderInnen eine umfassende Qualifizierung brauchen. Wir machen uns daher für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Ausbildungsverordnung (AEVO) stark.

Derzeit sind die Kammern die für die Qualität der Ausbildung „zuständige Stelle“ im Sinne des Berufsbildungsgesetzes. Sie haben die Aufgabe, die Berufsbildung zu fördern und die Durchführung zu überwachen. Gleichzeitig sind die Kammern Interessenvertreter der Arbeitgeberseite. Diese Doppelfunktion hat sich nicht bewährt. Insbesondere die Ausbildungsberichte der Gewerkschaften machen immer wieder deutlich, wie groß der Handlungsbedarf ist, Qualität in der Ausbildung sicherzustellen. DIE LINKE fordert deshalb, dass die Beratungs- und Kontrollfunktion einem neutralen Gremium übertragen wird, in dem alle an Ausbildung Beteiligten vertreten sind. Auf diese Weise können Qualitätsstandards gesichert und Missbrauch verhindert werden. Außerdem will DIE LINKE die Mitbestimmung der Auszubildenden im Unternehmen und in der Berufsschule stärken und unterstützt gewerkschaftliches Engagement.

Gute Berufsschulen

Für alle Auszubildenden in dualer Ausbildung spielt die Berufsschule als zweiter Lernort neben dem Betrieb eine zentrale Rolle. Sie soll gewährleisten, dass neben einem vertieften berufstheoretischen Wissen auch Allgemeinbildung in unterschiedlichen Fächern vermittelt wird. Hierzu werden konkrete Probleme der Praxis in theoretische Zusammenhänge gesetzt. Gleichzeitig können sich die Auszubildenden mit KollegInnen aus anderen Betrieben austauschen und Erfahrungen aus ihrem betrieblichen Alltag kritisch reflektieren. Die BerufsschullehrerInnen sind hierüber hinaus häufig AnsprechpartnerInnen für Probleme in der Ausbildung, die sich im Betrieb nicht lösen lassen.

Neben den BerufsschülerInnen aus der dualen Ausbildung (betrieblich, überbetrieblich oder außerbetrieblich organisiert) lernt mittlerweile ein Drittel aller Auszubildenden ausschließlich in der Berufsschule. Für alle Berufsschulen gilt: um ihre Aufgaben erfüllen zu können, müssen sie deutlich besser ausgestattet werden als heute. Sie brauchen mehr Lehrerinnen und Lehrer, mehr sozialpädagogische Fachkräfte, die die SchülerInnen individuell unterstützen können so-

wie eine bessere Ausstattung mit Lehr- und Lernmaterialien. Derzeit müssen außerdem viele Jugendliche auf private Berufsschulen zurückgreifen, weil insbesondere im Bereich der vollzeitschulischen Ausbildungen im Gesundheits- und Sozialwesen nicht genügend öffentliche Schulen zur Verfügung stehen. Sie müssen vielfach beträchtliche Schulgebühren zahlen, hiervon betroffen sind mehrheitlich Frauen. Für DIE LINKE ist Bildung ein Grundrecht und muss daher allen gebührenfrei zugänglich sein. Wir treten deshalb auch für ein Verbot von Gebühren an Berufsschulen ein.

Ausgrenzung im Ausbildungssystem

Das Ausbildungssystem grenzt bestimmte Gruppen junger Menschen systematisch aus oder bietet ihnen schlechtere Bedingungen. So haben es etwa Jugendliche mit Migrationshintergrund deutlich schwerer einen Ausbildungsplatz zu erhalten, auch wenn sie die gleichen schulischen Voraussetzungen nachweisen. Besonders betroffen sind junge Menschen türkischer, kurdischer oder arabischer Herkunft. Nur jede und jeder Vierte von ihnen erhält einen Ausbildungsplatz. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass jedeR Jugendliche das Recht auf einen Ausbildungsplatz erhält und niemand aufgrund seiner sozialen und/oder ethnischen Herkunft ausgegrenzt wird. Eine gute Berufsausbildung sichert nicht nur eine erfolgreiche Teilhabe an der Arbeitswelt, sondern bildet auch die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben.

Auch für Menschen mit Behinderung ist der Zugang zu einer anerkannten Ausbildung nach wie vor erschwert. Nachdem die Bundesregierung die UN-Konvention über die Rechte von behinderten Menschen ratifiziert hat, sind für sie Beruf, Ausbildungsstätte und Arbeitsplatz frei wählbar. Menschen mit Behinderung sollen mit nicht behinderten Jugendlichen gemeinsam aufwachsen und lernen. Dieses Menschenrecht darf kein theoretischer Anspruch bleiben. DIE LINKE setzt sich für ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Angebot für Menschen mit Behinderungen in Betrieben sowie in Berufsförderungswerken und Berufsbildungswerken ein. Auch auf dem ersten Arbeitsmarkt müssen ihnen deutlich mehr Chancen eröffnet werden. Um ihre berufliche Inklusion zu gewährleisten, müssen alle ArbeitgeberInnen ihrer gesetzlichen Beschäftigungspflicht in vollem Umfang nachkommen.

Jugendliche mit Hauptschulabschluss oder gar keinem Schulabschluss haben die geringsten Chancen auf einen Ausbildungsplatz. 2009 wurde weniger als die Hälfte aller jungen Menschen mit Hauptschulabschluss in Ausbildung vermittelt, der Rest landete im Übergangssystem. Noch düsterer sieht es für Jugendliche ohne Schulabschluss aus. Sie haben faktisch keine Chance, den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu meistern. Bei den Ungelernten betrug 2007 der Anteil von Jugendlichen ohne Schulabschluss 88 Prozent. DIE LINKE sieht eine differenzierte und zielstrebige Förderung von Jugendlichen mit Lernbeeinträchtigung oder mit sozialer Benachteiligung als öffentliche bildungspolitische Aufgabe

an. Ihnen müssen ausreichend Mittel bereitgestellt und Perspektiven aufgezeigt werden. Der Anteil an Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung muss mithilfe von Nachqualifizierungen drastisch reduziert werden.

Frauen verdienen bis heute weniger als Männer und wählen seltener technische Berufe. Sie sind nicht erst im Berufsleben, sondern bereits während der Ausbildung gegenüber Männern benachteiligt. Mit einem Anteil von 41 Prozent sind Frauen im dualen System unterrepräsentiert. Bei den schulischen Ausbildungen, z.B. im Pflegebereich, bilden sie jedoch die große Mehrheit. Das gleiche gilt für zweijährige Kurzausbildungen, die vor allem im Einzelhandel eine steigende Tendenz aufweisen. DIE LINKE setzt sich für „echte“ Gleichstellung zwischen Frauen und Männern am Ausbildungs- und Arbeitsplatz ein. Das bedeutet gleichen Lohn und gleiche Chancen. Kurzausbildungen, die später vor allem weibliche ArbeitnehmerInnen in den Niedriglohnsektor drängen, müssen durch vollqualifizierende dreijährige Ausbildungen ersetzt werden. Zudem müssen Berufsberatungen die vielfältigen Kompetenzen von Frauen einbeziehen, ihre unterschiedlichen Lebenslagen berücksichtigen und Frauen umfangreich an allen Berufen beteiligen.

3.2 Offene Hochschulen und kritische Wissenschaft

Nicole Gohlke

Eine wissenschaftliche Ausbildung ist Voraussetzung für die Ausübung vieler Berufe. Ihre Bedeutung geht jedoch darüber hinaus. Wissenschaftliche Methoden sind notwendig, wenn auch nicht hinreichend, um die Welt, in der wir leben, zu verstehen und zu verbessern. Es geht nicht nur um verbesserte Produkte und Produktionsverfahren, sondern auch darum, gesellschaftliche Probleme zu erkennen, zu analysieren und zu lösen. Dazu ist die Fähigkeit zu wissenschaftlichem Arbeiten unerlässlich. Dies zu erlernen ist eine wesentliche Funktion des Studiums.

Studium ist mehr als Berufsvorbereitung

Studierende sollen im Rahmen ihres Studiums die Möglichkeit erhalten, für die Berufspraxis unmittelbar relevante Fertigkeiten zu erlernen, ein berufliches Feld kennen zu lernen und sich beruflich zu orientieren. Allerdings muss ein wesentlicher Beitrag zur Einarbeitung neuer Arbeitskräfte von den Unternehmen selbst geleistet werden. Sie sind dazu immer weniger bereit und versuchen, die Last den Hochschulen oder den Studierenden selbst aufzubürden, in Form missbräuchlicher Praktika und prekärer Arbeitsverhältnisse. Dieses Problem muss außerhalb der Hochschulen gelöst werden. DIE LINKE will deshalb gesetzliche Mindeststandards für faire Praktika und Arbeitsverträge.

Im Zentrum eines Studiums dagegen soll die wissenschaftliche Ausbildung stehen. Sie ist notwendig, um die Studierenden auf anspruchsvolle Tätigkeiten vorzubereiten und sie in die Lage zu versetzen, mit

dem ständigen Wandel der beruflichen Anforderungen zurechtzukommen. Ein Studium, das darauf beschränkt wird, die unmittelbar gegebenen Arbeitsmarktanforderungen zu befriedigen, stellt dagegen für den zukünftigen Erwerbstätigen ein hohes Risiko dar.

DIE LINKE strebt die Demokratisierung aller Lebensbereiche an, auch der Wirtschaft. Damit verbunden ist eine veränderte Arbeitsteilung, in der Menschen nicht mehr im Wesentlichen nur ausführen, sondern mitentscheiden. Dadurch werden Entwicklungspotentiale freigesetzt, die unsere Gesellschaft braucht. Selbstbestimmte Arbeit ist ein entscheidender Aspekt einer höheren Lebensqualität. Nicht zuletzt kann nur durch die Demokratisierung der Wirtschaft die Dominanz der Profitmaximierung überwunden und die Krise unserer Gesellschaft gelöst werden. Die Hochschulen müssen die Möglichkeit bieten, gesellschaftliche Entwicklungen zu reflektieren, Alternativen zu entwickeln und sich darauf vorzubereiten im Berufsleben Reformen auf den Weg zu bringen.

Ein Tor zur Wissenschaft für alle

Hochschulen haben die Aufgabe, wissenschaftlich auszubilden und Forschung zu ermöglichen. Wissenschaft besteht nicht im Wesentlichen darin, Faktenwissen anzuhäufen, sondern darin, Werturteile und Tatsachenbehauptungen in der Auseinandersetzung mit anderen Sichtweisen einer rationalen Überprüfung auszusetzen und dadurch vorhandenes Wissen zu erneuern, zu erweitern und zu systematisieren.

Ein Studium muss diesem Wesen von Wissenschaft Rechnung tragen. Die Studierenden sollen die Möglichkeit haben, neben dem notwendigen Erwerb von Grundlagenwissen und Grundfertigkeiten auch die wissenschaftliche Methodik zu erlernen, indem sie sie selbst an einem Untersuchungsgegenstand exemplarisch anwenden und ihre Ergebnisse zur Diskussion stellen. Sie sollen dabei die Möglichkeit haben, sich von ihrem persönlichen Erkenntnisinteresse leiten zu lassen und ihre Lernprozesse eigenständig zu gestalten. Gute Lehre erfordert die Einbeziehung der Studierenden in die Forschung, also die Einheit von Lehre und Forschung. Auch für die Lehrenden ist entscheidend, dass sie zugleich Forschende sind, schließlich besteht ihre Aufgabe darin, die Studierenden in ein dynamisches Forschungsfeld einzuführen, und nicht darin, erstarrtes Lehrbuchwissen zu reproduzieren.

Auch gute Forschung bedarf ihrerseits der Einheit von Lehre und Forschung. Indem die Lehrenden den Studierenden ihre Forschungstätigkeit nahebringen, erhalten sie auch einen anderen Blick auf ihre eigene Tätigkeit. Sofern die Studierenden dabei zu Mitforschenden werden, geben auch sie wichtige Impulse für die weitere Forschung.

Wissenschaft ist mehr Wert

Unsere Vorstellung von einem selbstbestimmten Studium ist unvereinbar mit der gegenwärtigen Verschulung, mit starren Studienverlaufsplänen, kleinteiliger Modularisierung und ständigen Anwe-

senheits- und Leistungskontrollen. Wir wollen ein selbstbestimmtes Studium mit Raum für studentische Initiativen und mit hervorragender Betreuung. Dafür sind deutlich mehr Dozentinnen und Dozenten erforderlich, die neben der Lehrtätigkeit auch genug Zeit für ihre Forschung haben müssen. Auch die Prekarisierung der Lehrenden muss beendet werden, indem Lehrstellen als unbefristete Stellen eingerichtet werden. Unsere Gesellschaft muss entscheiden, wie viel Raum sie für Wissenschaft bereitstellen und wie vielen Menschen sie Zugang zu einer wissenschaftlichen Ausbildung geben möchte. Da Erkenntnis und Interesse nicht unabhängig voneinander sind und unsere Gesellschaft von unterschiedlichen, teils entgegengesetzten Interessen geprägt ist, ist die Frage des Zugangs zur Wissenschaft auch eine Frage der Demokratie. DIE LINKE setzt sich deshalb dafür ein, dass deutlich mehr gesellschaftliche Ressourcen für Bildung und damit auch für die Hochschulen bereitgestellt werden.

Hochschulen unbestechlicher machen

Lehre und Wissenschaft müssen unabhängig sein von Partikularinteressen, erstens um unbestechlich dem Erkenntnisinteresse verpflichtet zu sein, zweitens weil sie in Unabhängigkeit das Allgemeinwohl am ehesten fördern können. Dies setzt eine ausreichende öffentliche Finanzierung voraus, die Abhängigkeit von Drittmitteln muss entfallen. Über die Strukturen der Forschungsförderung, aber auch über Hochschulräte oder Akkreditierungsagenturen werden die Hochschulen heute allzu oft durch die Interessen externer Akteure, insbesondere aus der Wirtschaft, dominiert. Das muss beendet werden.

Hochschulen müssen auch der Humanität und dem Frieden verpflichtet sein. Rüstungsforschung an den Hochschulen muss über eine Zivilklausel in den Landeshochschulgesetzen und den Hochschulsatzungen verboten werden.

Forschung und Lehre können dem Allgemeinwohl dienen, wenn die Allgemeinheit Zugang zu den Hochschulen hat. Die soziale Ausgrenzung auf dem Weg zur Hochschule und an der Hochschule muss beendet werden. Alle, die eine Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, haben das Recht auf einen Studienplatz. Dieses muss endlich umgesetzt werden. Das Angebot an Studienplätzen muss sich nicht zuletzt an den Interessen der jungen Menschen orientieren, Zugangshürden wie etwa NCs müssen entfallen. Die Hochschulzugangsberechtigung muss ausgehend von allen Schultypen erworben werden können. DIE LINKE setzt sich außerdem dafür ein, dass alle Berufsausbildungen zum Studium berechtigen.

Soziale Öffnung der Hochschulen

Soziale Ausgrenzung entsteht jedoch bereits dann, wenn Ungleichheiten, wie sie in einer kapitalistischen Gesellschaft bestehen, hingenommen und nicht aktiv ausgeglichen werden. Notwendig ist deshalb einerseits die Abschaffung sämtlicher Studiengebühren, andererseits eine gute Ausbildungsför-

derung. Das BAföG ist nur noch ein Schatten seiner selbst – nicht einmal jede und jederdritte Studierende erhält BAföG, gerade einmal 1 Prozent der Studierenden kann sich ausschließlich aus der öffentlichen Studienförderung finanzieren. Der Kreditanteil muss zu einem Zuschuss werden, die BAföG-Sätze müssen dem tatsächlichen Bedarf angepasst und die Einkommensgrenzen in zügigen Schritten erhöht werden, so dass Studierende zukünftig elternunabhängig gefördert werden und sich auch tatsächlich auf ihr Studium konzentrieren können. Die Hochschulen benötigen mit Mensen, Wohnheimen und weiteren Angeboten eine soziale Infrastruktur, die ein gutes Studium ermöglicht. Auch Menschen mit Kindern sollen gut studieren oder eine wissenschaftliche Laufbahn einschlagen können.

Besonders studierende Mütter sind durch institutionell fehlende Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Elternschaft und Studium benachteiligt. Häufig ist ihre Studienzeit länger als die der Väter. Studierende Väter gehen dagegen tendenziell häufiger Nebenerwerbstätigkeiten nach. Für die Sicherung des Lebensunterhalts ist es problematisch, dass es für Teilzeitstudiengänge keinen entsprechenden BAföG-Bezug gibt. Wie im Bereich der beruflichen Ausbildung sind auch hier flexiblere Formen der Umsetzung und Finanzierung des Studiums notwendig. An den entscheidenden Schnittstellen des beruflichen Lebensweges ist der Einflussfaktor Geschlecht stets sichtbar, was sich auch am Übergang in die Hochschule oder bei der Weiterqualifikation durch höhere Studienabschlüsse zeigt. Insgesamt nehmen Frauen trotz ihres größeren Anteils an Studienberechtigungen seltener ein Studium auf. Im Anschluss an einen BA-Abschluss verzichten sie häufiger auf die Weiterqualifikation mit einem Master-Studium und sind bereits bei den Master-Abschlüssen in der Unterzahl. Hinsichtlich der Fächerwahl setzt sich das Muster aus der Schule fort. Auch in der Hochschule gibt es teilweise noch deutlich erkennbare „Frauen-“ und „Männerdomänen“, welche entlang traditioneller Geschlechterzuschreibungen verlaufen. Frauen sind demnach in den mathematisch-technischen Fächern unterrepräsentiert. Um geschlechterstereotype Orientierung im Studium und Entscheidungen für Karrierewege auszugleichen, sollten Mentoringprogramme für Frauen ausgebaut werden. Aber auch die Art des Lehrens und Forschens muss verändert werden, damit auch „Männerfächer“ für Frauen attraktiver werden.

Menschen mit Migrationshintergrund sind vielen formalen und sozialen Hürden ausgesetzt, wenn sie in Deutschland studieren wollen. Dies betrifft das Recht, in Deutschland zu leben, zu arbeiten und eine Ausbildungsförderung zu erhalten sowie ihre schulischen und akademischen Leistungen anerkannt zu bekommen. Auch der Benachteiligung von Menschen mit Behinderung oder chronischen Krankheiten muss an den Hochschulen aktiv entgegen gearbeitet werden, die Hochschulen müssen barrierefrei zugänglich sein und Betroffenen eine bessere individuelle Unterstützung bieten.

Forschung und Lehre durchlässig machen

Ausgrenzung findet seit den jüngsten Hochschulreformen nicht mehr nur beim Zugang zur Hochschule und durch einkommensbedingt unterschiedliche Studienbedingungen statt, sondern zudem auch darüber, dass ein Zwei-Klassen-System der Hochschulen und der akademischen Abschlüsse geschaffen wurde durch die Ernennung von einzelnen Hochschulen zu Elite-Einrichtungen und durch die Einführung des zweistufigen Bachelor/Master-Systems. Mit der Exzellenzinitiative wird immer mehr Geld an den sogenannten Exzellenz-Hochschulen konzentriert, während sich die Studien- und Forschungsbedingungen für alle anderen laufend verschlechtern. Und die Hochschulen konzentrieren das knappe Geld häufig in ihren Masterstudiengängen, während die Mehrheit der Studierenden die Hochschule nach dem Bachelor bereits verlassen soll.

DIE LINKE will ein gutes Studium für alle, die studieren möchten. Die Unterfinanzierung an allen Hochschulen muss beendet werden. Eine Finanzierung von Hochschulen nach extern gesetzten Leistungskriterien lehnen wir ab, weil sie die Kluft zwischen den Hochschulen erhöht und die Freiheit von Forschung und Lehre infrage stellt. Die Flut von Rankings, Wettbewerben und groben Leistungsindikatoren wie der Zahl der Publikationen und dergleichen führt zu einem unproduktiven, unkooperativen Stil in der Wissenschaft und zur Vernachlässigung der Lehre. Sie dient vor allem dazu, die unzureichende Finanzierung der meisten Hochschulen zu rechtfertigen. DIE LINKE lehnt auch einen Wettbewerbsföderalismus zulasten finanzschwacher Länder ab. Es ist Aufgabe der Bundespolitik, die finanziellen Voraussetzungen für gleichwertige Studienbedingungen in allen Bundesländern sicherzustellen. Niemandem darf nach Erlangen des Bachelors der Zugang zum Master versperrt werden, wie es in den Bologna-Reformen angelegt ist. Das Recht auf ein Studium muss auch einen wirksamen Rechtsanspruch auf einen Masterstudienplatz umfassen.

Die Wissenschaft muss auch über den Studienabschluss hinaus attraktive Perspektiven bieten. Die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen haben sich so weit verschlechtert, dass es unterhalb der Professur heute kaum noch möglich ist, Wissenschaft als Beruf zu betreiben – jedenfalls nicht an öffentlichen Hochschulen. Wir brauchen deshalb einen umfassenden Ausbau des akademischen Mittelbaus mit Dauerverträgen und attraktiven Arbeitsbedingungen. Darüber hinaus muss die Ausgrenzung in der akademischen Laufbahn beendet werden. Noch immer sind Frauen bei den höheren akademischen Qualifikationen stark unterrepräsentiert. Obwohl nahezu gleich viele Frauen wie Männer ein Studium abschließen, werden nur 44 Prozent der Promotionsabschlüsse von Frauen abgelegt, nur knapp 25 Prozent der HabilitandInnen sind weiblich und unter den ProfessorInnen sind lediglich 18 Prozent Frauen. Die Hochschulleitungen sind sogar nur zu 11 Prozent mit Frauen besetzt (alle Zahlen von 2009). Dies lässt sich zum Teil dadurch erklären, dass es für Frauen besonders schwer ist, die wissenschaft-

liche Karriere mit einer Elternschaft zu vereinbaren – denn die Wissenschaft erfordert internationale Mobilität und in akademischen Kreisen ist es meist eine Selbstverständlichkeit, zwischen Privatem und Beruflichem hinsichtlich verfügbarer Zeit nicht zu unterscheiden. Darüber hinaus werden aber auch nach wie vor geschlechterstereotype Vorstellungen und Erwartungen der scientific community für Frauen zur „gläsernen Decke“, die sie auf ihrem Karriereweg ausbremst.

Lehre und Forschung vom Verwertungsdruck befreien

Lehre und Forschung sind in den letzten Jahren unter enormen Verwertungsdruck gesetzt worden. In der Lehre rücken Fachsystematik und Forschungsorientierung in den Hintergrund zugunsten einer Studienzeitverkürzung und der Vermittlung von berufspraktischen Fertigkeiten und grobem Überblickswissen. In der Forschung werden Grundlagenforschung und Geisteswissenschaften gravierend gegenüber naturwissenschaftlicher und technischer Anwendungsforschung vernachlässigt. Kleine Fächer und Fachrichtungen werden marginalisiert oder getilgt. Wissenschaftliche Vielfalt und kritische Ansätze müssen dem Mainstream weichen.

Anwendungsorientierte Forschung ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Hochschulsystems. Ihre Ergebnisse müssen öffentliche Güter sein. Der Wert von Wissenschaft erschöpft sich jedoch nicht in ihrer Anwendung. Erkenntnis ist auch Selbstzweck. Viele Anwendungsmöglichkeiten werden zudem erst erkennbar, nachdem die Erkenntnis um ihrer selbst Willen in neue Bereiche vorgedrungen ist. Allerdings darf nicht alles, was geht und Profit bringt, auch gemacht werden. Die Reflexion ihres Tuns, Technikfolgenabschätzung und Gesellschaftskritik sind daher gleichermaßen wichtige Aufgaben der Hochschulen.

Die wichtigsten Menschheitsprobleme wie Hunger, Klimawandel, Krieg und Menschenrechtsverletzungen sind dabei nicht technischer, sondern gesellschaftlicher Natur. Sie bedürfen wissenschaftlicher Analyse und wissenschaftlicher Auseinandersetzung. Die Lösung dieser Probleme kann es notwendig machen, den Imperativ fortgesetzter Kapitalverwertung infrage zu stellen. Stellt man Wissenschaft unter die Bedingung der Verwertbarkeit, werden notwendige Lösungen dieser Probleme nicht nur nicht verfolgt, sie werden sogar bekämpft.

Hochschulen demokratisieren!

Zur Demokratisierung aller Lebensbereiche gehört auch die Demokratisierung der Hochschulen. Studierende, wissenschaftliche und technisch-administrative Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Professorinnen und Professoren müssen an den Entscheidungen der Hochschule paritätisch beteiligt werden. Persönliche Abhängigkeiten an den Hochschulen werden ersetzt durch institutsbezogene Organisation. Die zahllosen Abstufungen unter Lehrkräften werden weitgehend beseitigt. Studierende sind die größte Gruppe an der

Hochschule. Sie sind aktive Mitglieder und keine Kunden. Ihr Recht auf eine Verfasste Studierendenschaft mit allgemeinpolitischem Mandat, Finanz- und Satzungsautonomie muss gesetzlich abgesichert werden.

Hochschulen, die, wie hier beschrieben, für alle offen sind, demokratisch organisiert und weitgehend unabhängig von privaten Geldgebern, können zu einem Ort werden, an dem über die Fragen, mit welchen Inhalten und Zielen wir ausbilden und forschen, gesellschaftlich und demokratisch entschieden wird, und nicht durch eine kleine Machtelite allein.

3.3 Den Berufseinstieg neu gestalten

Agnes Alpers und Nicole Gohlke

BerufseinsteigerInnen und junge Beschäftigte sind besonders häufig von prekären Beschäftigungsbedingungen betroffen. Sie arbeiten mit befristeten Verträgen, in Teilzeit, in Leiharbeit oder als PraktikantInnen. Auch im wirtschaftlichen Aufschwung werden die Jungen abgehängt und im Erwerbsleben an den Rand gedrängt. Nach einer Umfrage der IG Metall arbeitet jedeR fünfte Beschäftigte unter 35 Jahren in Teilzeit, ohne dies eigentlich zu wollen. Mehr als ein Viertel der jungen Erwerbstätigen hatte noch nie einen unbefristeten Arbeitsvertrag, und junge LeiharbeiterInnen haben kaum eine Chance, in ein reguläres Arbeitsverhältnis zu wechseln. Die junge Generation bleibt ausgebremst. In einer Lebensphase, in der viele Menschen langfristige Pläne machen und etwa eine Familie gründen wollen, bietet der Arbeitsmarkt ihnen damit kaum verlässliche Zukunftsperspektiven.

DIE LINKE macht sich für eine grundlegende Wende in der Arbeitsmarktpolitik stark. Statt immer weiter die Lohnspirale nach unten zu drehen, neue Schlupflöcher für die Umgehung von Arbeitsschutzbestimmungen zu schaffen und die Handlungsbedingungen von Gewerkschaften zu verschlechtern, muss die Politik prekäre Arbeitsverhältnisse zurückdrängen, einen Mindestlohn einführen und die Tarifbindung stärken. Damit junge Menschen eine Chance im Erwerbsleben bekommen, müssen Altersteilzeitmodelle gestärkt und kürzere Wochenarbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich durchgesetzt werden. Im Öffentlichen Bereich müssen neue Arbeitsplätze geschaffen und sachgrundlose Befristungen müssen grundsätzlich verboten werden. Wir wollen Leiharbeit zurückdrängen, indem für alle LeiharbeiterInnen ab dem ersten Tag die gleichen Löhne und die gleichen Arbeitsbedingungen gelten wie für die Stammbeschäftigten. Und wir machen uns dafür stark, dass AbsolventInnen einer

betrieblichen Ausbildung in eine feste Anstellung übernommen werden. Eine Übernahme in betriebseigene Leiharbeitsfirmen muss verboten werden.

Praktika sind Lernverhältnisse

Immer häufiger stehen Praktika am Anfang der Erwerbstätigkeit. Hiervon betroffen ist unter den AbsolventInnen einer betrieblichen Ausbildung jedeR Fünfte, unter den HochschulabsolventInnen jedeR vierte und unter den AbsolventInnen einer vollzeitschulischen Ausbildung sogar jedeR Dritte. Die Generation Praktikum ist aktueller denn je. Zwei Drittel der PraktikantInnen mit abgeschlossener Ausbildung bleiben mehr als drei Monate in diesem Status, die Hälfte sogar länger als ein halbes Jahr. Viele Betriebe planen PraktikantInnen als reguläre Arbeitskräfte ein. Doch rund die Hälfte aller Praktikantinnen und Praktikanten erhält hierfür keinerlei Vergütung, weitere 12 Prozent halten ihre Vergütung für unangemessen.

DIE LINKE fordert, den Missbrauch von PraktikantInnen als billige Arbeitskräfte durch klare gesetzliche Regelungen zurückzudrängen. 2006 haben sich zehntausende junge Menschen in mehreren Massenpetitionen hierfür stark gemacht. Doch die Bundesregierung verlässt sich weiterhin lieber auf unverbindliche Versprechen der Wirtschaft. Deren Umsetzung spricht Bände: 1.500 Betriebe haben sich auf die Einhaltung von Mindeststandards bei Praktika verpflichtet – das sind 0,05 Prozent der Betriebe in Deutschland. An der Situation der Betroffenen hat sich damit bis heute kaum etwas verändert.

Die Vorschläge der LINKEN liegen seit Jahren auf dem Tisch: Der Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes sollte auf alle Praktikantinnen und Praktikanten erweitert werden, damit die dort formulierten Mindestschutzbestimmungen auch für sie gelten. JedeR PraktikantIn erhält einen schriftlichen Vertrag, in dem auch die Betreuung geregelt ist, und ein qualifiziertes Zeugnis. Alle PraktikantInnen erhalten eine Vergütung, die sich an den tariflichen Ausbildungsvergütungen orientiert, keinesfalls aber unter 300 Euro liegt. Um Missbrauch zu verhindern wird ein Praktikum außerdem auf höchstens drei Monate beschränkt (sofern nicht Studien- oder Ausbildungsordnungen eine längere Dauer vorsehen) und gesetzlich klargestellt, dass die Betriebs- und Personalräte die Ausgestaltung von Praktika als Lernverhältnisse zu kontrollieren. Grundsätzlich muss gelten: Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung bzw. abgeschlossenem Studium werden auf der Grundlage eines regulären Arbeitsverhältnisses beschäftigt; Praktika dürfen nicht zum Probearbeiten missbraucht werden.

4. Lernen hört nie auf: Lebenslanges Lernen

Agnes Alpers und Rosemarie Hein

Menschen lernen immer, von Kindesbeinen an bis ins hohe Alter. Dieses Lernen möglich zu machen und einen gleichen Zugang für alle zu sichern ist Aufgabe von Bildungspolitik. Auch Lernzeiten nach der allgemeinen Bildungsphase und der ersten beruflichen Ausbildung legen wichtige Grundlagen für berufliche und gesellschaftliche Teilhabe. Lebenslanges Lernen umfasst die Verwirklichung individueller Bildungsinteressen genauso wie die Qualifizierung für eine berufliche Neuorientierung oder Fort- und Weiterbildung im ausgeübten Berufsfeld. Die entsprechenden Sektoren des Bildungssystems sind als eigenständige und immer wichtiger werdende Bildungsphasen auszubauen. Dabei muss allerdings darauf geachtet werden, dass die anderen Bildungsphasen nicht mit Verweis auf das lebenslange Lernen verkürzt oder eingeschränkt werden.

Gerade im Bereich der Weiterbildung liegt ein großes Gestaltungspotenzial, gleichzeitig fehlen hier wesentliche gesetzliche Regelungen, die der Bedeutung dieses Lernbereiches gerecht werden und für alle den gleichen Zugang garantieren. DIE LINKE fordert deshalb ein bundesweit geltendes Gesetz zur Weiterbildung, welches Weiterbildung zu einer Pflichtaufgabe der Länder und Kommunen macht und die bezahlte Freistellung von Beschäftigten für Weiterbildungsphasen sowie das Recht auf Bildungsurlaub ausbaut und bundesweit verankert.

Damit alle Menschen unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund im Laufe ihrer Biografie Bildungs- und Weiterbildungsangebote wahrnehmen können, muss das BAföG außerdem zu einer Erwachsenenbildungsförderung ohne Altersgrenze ausgebaut werden. Es müssen neue Wege gefunden werden, wie Menschen auch nach einer ersten Berufsphase während einer Fortbildung oder einem Studium ihren Lebensstandard halten können, etwa im Rahmen des Sozialversicherungssystems, indem die Arbeitslosenversicherung nicht nur Phasen der Erwerbslosigkeit, sondern auch Qualifizierungsphasen absichert.

DIE LINKE setzt sich für eine gesellschaftliche Aufwertung der Weiterbildung ein. Diese darf nicht auf ihre kurzfristige ökonomische Verwertbarkeit reduziert werden, sondern muss neben der beruflichen Qualifikation auch als Beitrag zur kulturellen und gesellschaftlichen Emanzipation verstanden werden. Im Folgenden unterscheiden wir drei Bereiche von Weiterbildung:

- die berufsbezogene Weiterbildung, die auf allgemeine berufliche Qualifizierung, auf die Qualifizierung für neue Aufgaben oder aber für eine berufliche Neuorientierung im eigenen Interesse gerichtet ist,
- die berufliche Fortbildung, die vorrangig im Interesse des Arbeitgebers liegt und
- die allgemeine Weiterbildung, die alle Wissensbereiche einschließlich der politischen Bildung umfasst.

4.1 Berufliche Weiterbildung ausbauen

Biografien sind heute zunehmend vom Wechsel beruflicher Tätigkeiten geprägt. Der einmal erlernte Beruf wird von immer weniger Menschen bis zur Rente ausgeübt. Gründe dafür liegen nicht nur in Zeiten der Erwerbslosigkeit, sondern zunehmend auch in beruflicher Umorientierung, der Aufnahme eines Studiums sowie in Veränderungen im persönlichen Lebensumfeld. Gleichzeitig stehen wir vor der Herausforderung, dass in der Bundesrepublik Deutschland 15 Prozent der 20- bis 29-Jährigen über keinen Berufsabschluss verfügen. Durch die sich ständig verändernden Anforderungen in der Arbeitswelt werden diese immer weiter von guter Arbeit ausgegrenzt. Diesen veränderten gesellschaftlichen Bedingungen und Interessen muss auch die Berufsbildungspolitik durch adäquate Angebote Rechnung tragen.

Dennoch werden die öffentlichen Ausgaben für Weiterbildung immer weiter gesenkt, die Weiterbildungsbeteiligung geht zurück und langfristige Angebote mit anerkannten Abschlüssen werden meist nur ungenügend abgedeckt. Angebote der Arbeitsagenturen für die berufliche Weiterbildung werden verkürzt oder nur teilweise finanziert. So werden Erwerbslosen oder von Erwerbslosigkeit bedrohten Menschen häufig nur kurze Trainingsprogramme angeboten. Dreijährige Berufsausbildungen werden in Form von Weiterbildungsmaßnahmen nur dann durch die Bundesagentur für Arbeit finanziert, wenn sie entweder auf zwei Jahre verkürzt oder das dritte Ausbildungsjahr durch Dritte finanziert wird. In der Praxis bedeutet dies, dass z.B. AltenpflegerInnen einen vollqualifizierenden Abschluss nur dann erhalten können, wenn sie die Finanzierung des dritten Ausbildungsjahres selbst organisieren – und im Zweifel privat zahlen. Für viele Betroffene macht dies die entsprechende Ausbildung unmöglich. Auch sind hunderttausende Menschen, die einen Bildungs- oder Berufsabschluss im Ausland erworben haben, auf ein umfassendes Angebot an Nach- und Ergänzungsqualifizierungsmaßnahmen angewiesen, weil ihre Qualifikationen nur teilweise anerkannt werden. Das zum 1. Januar 2012 in Kraft getretene „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ ist jedoch völlig unzureichend flankiert. Zudem ist per Gesetz nur eine Förderung der bundeseinheitlich geregelten Berufe, und hier nur der Bereich der reglementierten Berufe (Abschluss durch staatliche Anerkennung), vorgesehen.

Gezielt fördern und Rechtsansprüche schaffen

Studien belegen zudem immer wieder, dass die Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland sehr ungleich verteilt ist. Dabei bleiben viele Gruppen auf der Strecke. So nehmen Frauen deutlich seltener als Männer an Weiterbildung teil. Auch ältere Beschäftigte und Menschen mit Migrationshintergrund

sind unterrepräsentiert, das Gleiche gilt für geringer qualifizierte Menschen – obwohl gerade diese ohne Weiterbildungsmaßnahmen kaum Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben. Schwierig ist der Zugang zu Weiterbildung auch für Beschäftigte in kleinen und mittleren Betrieben. Statt bei den Arbeitsagenturen immer wieder den Rotstift anzusetzen, müssten Förderprogramme für diese Gruppen dringend ausgebaut werden. Außerdem muss die finanzielle Grundlage dafür geschaffen werden, die geförderte Weiterbildung auf längere Maßnahmen und vollqualifizierende Abschlüsse auszurichten. Erwerbslose, die keine Chance auf einen Wiedereinstieg in ihren erlernten Beruf haben, brauchen einen Rechtsanspruch auf eine vollqualifizierende neue berufliche Ausbildung.

Vor allem in Folge der Hartz-Gesetzgebung, aber auch durch das im Sommer 2010 beschlossene Sparpaket wird in der Weiterbildung heftig gekürzt. So zahlt nicht zuletzt die Bildung für die Kosten der Wirtschafts- und Finanzkrise und der Staat zieht sich weiter aus seiner Verantwortung für die Fort- und Weiterbildung zurück. Die Arbeitsagenturen machen ihre Verträge inzwischen in aller Regel schlicht mit dem billigsten Anbieter – ohne Rücksicht auf die Qualität des Angebots oder auf die Beschäftigungsbedingungen der WeiterbildnerInnen. Sie haben damit zu einer Welle von Insolvenzen unterschiedlichster Bildungsträger geführt und die Löhne der WeiterbildnerInnen so weit nach unten gedrückt, dass Niedriglöhne in diesem Bereich schon lange die Regel sind. Gemeinsam mit den Beschäftigten streitet DIE LINKE für einen verbindlichen Branchenmindestlohn sowie für eine Tarifklausel in der Vergabepolitik der Arbeitsagenturen. Denn hohe Qualität kann nur erwartet werden, wenn die Lehrkräfte angemessen bezahlt werden und gute Arbeitsbedingungen vorfinden. Die Lohndumping-Spirale in der öffentlich geförderten Weiterbildung muss endlich gestoppt werden.

Arbeitgeber in die Verantwortung nehmen

In international vergleichenden Studien liegt Deutschland im unteren Mittelfeld wenn es um die berufliche Weiterbildungsbeteiligung geht. Dies lässt sich nur wirksam ändern, wenn auch die ArbeitgeberInnen stärker für die Qualifizierung ihrer Beschäftigten in die Verantwortung genommen werden. Zwar wird stets die Bedeutung des lebenslangen Lernens betont, doch die Investitionen in betriebliche Weiterbildung sinken. Für DIE LINKE ist klar: Berufliche Weiterbildungen, die im Interesse der ArbeitgeberInnen liegen, müssen auch von diesen finanziert werden. Heute dagegen wird von ArbeitnehmerInnen oft eine berufliche Weiterbildung auf eigene Kosten verlangt. ArbeitnehmerInnen mit niedrigen Einkommen bleibt der Weg in Weiterbildung damit meist versperrt.

Damit sich alle Unternehmen gleichermaßen an der Finanzierung beruflicher Weiterbildung beteiligen, schlägt DIE LINKE einen Weiterbildungsfonds vor, in den alle Unternehmen einer Branche einzahlen. So können die Mittel für Weiterbildung erhöht und

die Risiken für kleinere Betriebe gemindert werden. Zeit für berufliche Fortbildungen ist Arbeitszeit. Die Arbeitgeber müssen ihre Beschäftigten deshalb für entsprechende Zeiten freistellen. Ähnlich den Regelungen zum Bildungsurlaub wollen wir gesetzliche Grundlagen schaffen, um für alle ArbeitnehmerInnen einen Anspruch auf bestimmte Freistellungszeiten zu sichern.

4.2 Allgemeine Weiterbildung und politische Bildung für alle

Das Bildungsinteresse nach der schulischen und der ersten beruflichen Ausbildung ist nicht nur auf die Perfektionierung oder Veränderung der beruflichen Qualifizierung gerichtet. Alle Wissensgebiete sind Gegenstand von individuellen Bildungsinteressen. Sie betreffen sowohl die Erweiterung des persönlichen Wissens in Kultur, Geschichte, Natur, Sprachen und Gesellschaft, als auch den Erwerb spezifischer Kompetenzen für das individuelle gesellschaftliche Engagement. Allgemeine Weiterbildung und politische Bildung sind nicht nur wichtig für die Persönlichkeitsentwicklung, sondern sie bestimmen wesentlich das Maß an gesellschaftlicher Teilhabe, für Demokratieentwicklung und ehrenamtliches Engagement. Darum dürfen die Arbeitsfelder der allgemeinen Weiterbildung und politischen Bildung nicht gering geschätzt werden.

Träger der allgemeinen Weiterbildung sind kommunale und freie Träger sowie politische Stiftungen und Vereine. Ihre Finanzierung wird heute immer stärker infrage gestellt. Sie zählt zu den freiwilligen Aufgaben von Bund, Ländern und Kommunen, für die angesichts der Entleerung öffentlicher Kassen immer weniger Geld zur Verfügung steht. DIE LINKE spricht sich dafür aus, die Finanzierung der allgemeinen Weiterbildung und der politischen Bildung auf solide Füße zu stellen. Dafür ist eine verlässliche Ausstattung der unterschiedlichen Bildungsträger durch Bund, Länder und Kommunen erforderlich.

Die bundesweit fast 1.000 Volkshochschulen haben hierbei eine besondere Bedeutung. Sie sollen als öffentliche Weiterbildungseinrichtungen ein breites Angebot an allgemeiner Weiterbildung in allen Regionen sicherstellen und allen Menschen einen Zugang zu diesen Angeboten ermöglichen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden müssen sie von Ländern und Kommunen deutlich besser ausgestattet werden. Durch viele Jahre Kürzungspolitik ist in diesem Bereich ein hoher Bedarf an Investitionen in Infrastruktur und Gebäude, aber auch in Lehr- und Lernmittel entstanden. Und auch die DozentInnen an den Volkshochschulen arbeiten inzwischen für skandalös niedrige Honorare. Besonders skandalös ist die Situation der Lehrenden in den Integrationskursen. Obwohl die Lehrenden hier meist hauptberuflich tätig sind, werden sie nur auf Honorarbasis bezahlt – und das so schlecht, dass man kaum davon leben kann. DIE LINKE fordert deshalb ein Mindesthonorar von derzeit 30 Euro und perspektivisch abgesicherte, sozialversicherte Arbeitsverhältnisse.

Bildung braucht Zeit – das gilt auch in der allgemeinen Weiterbildung. Deshalb tritt DIE LINKE dafür ein, das Recht auf einen mindestens fünftägigen Bildungsurlaub pro Jahr für alle Erwerbsfähigen bundesgesetzlich zu verankern. Ein Bundesweiterbildungsgesetz könnte auch eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Ausgaben für allgemeine Weiterbildung regeln.

Jetzt Reformen anpacken: 10 Schritte zu einer guten Bildung für alle

Der Weg zu einer umfassend guten Bildung für alle ist noch weit. Wo wir hin wollen haben wir in dieser Broschüre dargestellt. Manche Dinge werden längere Zeit in Anspruch nehmen. Aber man muss sich heute auf den Weg machen. Zum Abschluss haben wir die zehn wichtigsten Schritte zu einer besseren Bildung zusammengefasst, die man sofort anpacken sollte – und die wir sofort anpacken wollen:

1. Gute Bildung kostet Geld. Doch die Bildungsausgaben in Deutschland stagnieren, während es in Kindertageseinrichtungen, Schulen, Hochschulen und in der Aus- und Weiterbildung an allen Ecken und Enden fehlt. DIE LINKE fordert eine sofortige Aufstockung der öffentlichen Bildungsausgaben um jährlich 40 Milliarden Euro. Hiermit könnten die drängendsten Finanzierungslücken gestopft werden.
2. Gute Bildung für alle zu sichern ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Nur wenn sie an einem Strang ziehen, können notwendige Reformen angegangen und die nötigen Finanzmittel aufgebracht werden. Doch das ist im Moment verboten: SPD und Union haben 2006 ein Kooperationsverbot für Bund und Länder in der Bildung im Grundgesetz verankert – mit fatalen Folgen. Dieses Verbot muss umgehend wieder aufgehoben werden.
3. Bildung ist ein Menschenrecht. Es darf deshalb nicht vom Geldbeutel abhängen, ob jemand an Bildung teilhaben kann. Gebühren haben im öffentlichen Bildungssystem nichts zu suchen. Wir wollen Kita-Gebühren sowie Gebühren für schulische Berufsausbildungen abschaffen. Studiengebühren wurden nach heftigen Protesten bereits in fast allen Bundesländern wieder abgeschafft – sie sollten endlich bundesweit verboten werden.
4. Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam lernen. Nicht Ausgrenzung, sondern Inklusion sollte der Leitgedanke unseres Bildungssystems sein. Hierfür brauchen wir nicht zuletzt Gemeinschaftsschulen für alle, in denen Vielfalt gelebt wird und die jede und jeden individuell fördern – egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund, mit oder ohne wohlhabende Eltern, mit oder ohne Behinderung, Mädchen genauso wie Jungen. Dazu brauchen wir zusätzliche, gut ausgebildete LehrerInnen sowie SozialpädagogInnen in allen Schulen. Die Länder müssen hierfür ihre Schulsysteme reformieren, der Bund sollte sie unter anderem mit einem Sonderprogramm zur Ausbildung von pädagogischen Fachkräften unterstützen.
5. Damit ErzieherInnen und Lehrkräfte gut arbeiten können, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Wir brauchen eine größere Wertschätzung für den Beruf des Erziehers bzw. der Erzieherin, das bedeutet auch: Einen höheren Lohn. Nur so können wir dem schon heute bestehenden Fachkräftemangel in diesem Bereich sinnvoll begegnen. Die Länder müssen sich endlich bereit erklären, auch die Gehälter der angestellten LehrerInnen tariflich zu regeln. Für wissenschaftliche MitarbeiterInnen an den Hochschulen müssen Dauerarbeitsverhältnisse in Vollzeit zur Normalität werden. Und in der Weiterbildung brauchen wir dringend einen Mindestlohn für die Lehrkräfte und eine andere Vergabepolitik der Arbeitsagenturen, um das Lohndumping zu stoppen.
6. Bildung ist ein wichtiges Fundament für eine lebendige Demokratie. Wir wollen auch im Bildungssystem selbst mehr Demokratie wagen. Die Vertretungen von SchülerInnen und Studierenden müssen gestärkt werden. Lernende brauchen außerdem die Möglichkeit, ihren Lernprozess selbst mit zu gestalten, über Schwerpunkte zu entscheiden, forschend zu lernen. Hierfür brauchen wir sowohl in den Schulen, als auch in den Hochschulen mehr Raum. Die Verschulung in den Bachelor- und Masterstudiengängen muss zurückgedrängt und eine kritische Wissenschaft wieder Leitbild der Hochschulen werden.
7. Verschieben, vertagen, vertrösten – das ist bisher die Realität des eigentlich längst vereinbarten Ausbaus der Kindertageseinrichtungen. Hier ist eine dauerhafte Beteiligung des Bundes an der Finanzierung nötig. Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung in Kindertageseinrichtungen – und zwar von Geburt an.
8. Jeder junge Mensch hat das Recht auf eine gute Berufsausbildung. Dieses Recht wird in Deutschland seit Jahren mit Füßen getreten. Jahr für Jahr werden hunderttausende Jugendliche nach der Schule in unsinnige Warteschleifen abgeschoben, landen in Schmalspurausbildungen oder sogar in ungelerten Jobs. Die Politik muss endlich die Betriebe für die Ausbildung in die Pflicht nehmen: Mit einer solidarischen Ausbildungsumlage, mit der alle gemeinsam ausreichend Ausbildungsplätze finanzieren.
9. In Deutschland fehlen bis 2015 mindestens 500.000 Studienplätze. Wir wollen, dass jede und jeder, die oder der eine Hochschulzugangsberechtigung hat, auch studieren kann – und zwar auch bis zum Master. Bund und Länder sind in der Verantwortung, hierfür die nötigen Studienplätze zu schaffen. Damit auch Kinder aus Haushalten mit geringem Einkommen den Weg an die Hochschule schaffen, wollen wir das Schüler-BAföG wieder flächendeckend einführen und auch im Studium deutlich mehr Menschen mit BAföG unterstützen. Das BAföG muss erhöht werden, damit es zum Leben reicht, und endlich wieder ein Vollzuschuss werden, der nicht zurückgezahlt werden muss.

10. Das lebenslange Lernen ist bisher nur in den Sonntagsreden, kaum aber in der Realität angekommen. Damit alle Erwachsenen sich kontinuierlich weiterbilden können – egal, wo sie arbeiten und wie viel sie verdienen – brauchen wir verbindliche Regelungen für eine Beteiligung der Arbeitgeber, aber auch eine bessere öffentliche Förderung. Wir wollen ein leistungsfähiges „Erwachsenen-BAföG“ schaffen, damit jede und jeder während einer Weiterbildung weiter seinen Lebensunterhalt finanzieren kann. Die Kürzungen bei den Volkshochschulen und im gesamten Bereich der Weiterbildung müssen gestoppt werden.

